

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
25 (1911)**

82 (6.4.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-555843](#)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Tos Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementssatz bei Vorauflage für einen Monat einschließlich Beitragszins 75 Pf., bei Selbstabholung 65 Pf., durch die Post bezogen vierfach jährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pf. einschließlich Beitragszins.

— Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. —

Filiale in Heppens: Ullmenstraße 24. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang.

Bant, Donnerstag den 6. April 1911.

Nr. 82.

## Ein parlamentarischer Erfolg.

Die Heizerzulage auf sozialdemokratischen Antrag wieder hergestellt.

Es war Dienstag nachmittag 3½ Uhr, der Reichstag rüstete sich zu den Feiern, als der Vizepräsident Schmid die Glorie rührte und folgendes Ergebnis einer von sozialdemokratischer Seite beantragten namentlichen Abstimmung verkündete: Abgegeben 280 Stimmen, 162 Ja, 116 Nein, 2 Enthaltungen. Der Antrag Abrecht und Genossen ist angenommen.

Damit ist zur dritten Lesung des Gesetzes endgültig und unwiderruflich beschlossen, daß es bestmöglich der Heizerzulage beim alten zu verleben hat. Der Verlust, den Heizer der Marine ihre fällige Löhnung zu reduzierten, ist an der Wachsamkeit und Initiative der sozialdemokratischen Fraktion geschieden. Die Heizer behalten, was sie haben, die Herrschaften vom schwärzblauen Blot und von der Regierung haben einen wichtigen Sieg auf ihrer lang ausgetragenen Finger erhalten und ziehen mit läufiger Miene ab. Die soeben beendete Tagungsabschluß des Reichstags schließt mit einem moralischen Sieg der Sozialdemokratie.

Man erinnert sich des Verganges der Dinge! Im Vorjahr nahm der Reichstag den Marinestreit aufgefordert, eine Neuvergelung des Soldagesetzes in der Flotte einzutreten zu lassen. Dieser Beschluß richtete sich gegen die Tafel- und Weißgefäße der Herren Offiziere, mit denen bis dahin eine an Korruption grenzende Verschwendug getrieben worden war. Herr Tirpitz aber übertrug den Reichstag, indem er im diesjährigen Etat nicht nur eine äußerst bedenkliche Kürzung der Offizierszulagen, sondern gleichzeitig auch die vollständige Streichung der Heizerzulagen in Vorhang brachte. Die Herren Offiziere erzielten ein paar Markt-tägliches Tafelgeld, das sollte um etwa 15–20 Prozent verlängert werden. Die Heizer erhalten 20 Pf. tägliche Zulage, die sollten ihnen ganz genommen werden!

Hierdurch gab es in der Budgetkommission erregte Auseinandersetzungen, wobei der Staatssekretär v. Tirpitz heftige Angriffe erhöhte und vergebens die Schul auf seinen Kollegen vom Reichskanzleramt, Herrn Wermuth, abwälzen versuchte. Die sozialdemokratischen Vertreter forderten schon damals logistisch die Verweichung des Regierungsvorwurfs, mühten sich aber einstweilen mit dem Erfolg begnügt, daß die Heizerzulage, statt ganz beseitigt zu werden, auf die Hälfte reduziert wurde. Statt der bisherigen 10 Pf. sollten die Heizer also wenigstens 10 Pf. bekommen.

Mit diesem Beschuß belastet, kam der Etat aus der Kommission in die zweite Lesung des Plenums. Herr v. Tirpitz verteidigte den Kommissionsbeschuß und leistete dabei das sahne Wort: „Wenn etwas von oben besohnen wird, hört die Unzufriedenheit auf“, wußte er noch am gestrigen Tage das begeisterte Lob des Herrn v. Oldenburg einheimen durfte. Das Abstimmungsergebnis war aber, wie erinnerlich, nicht gerade vielversprechend für die Regierung, der sozialdemokratische Antrag auf volle Wiederherstellung der Heizerzulage wurde nur mit ganz knapper Mehrheit abgelehnt.

Dieser in der zweiten Lesung abgelehnte Antrag ist nun am Dienstag von der sozialdemokratischen Fraktion wieder aufgenommen worden, diesmal mit durchdringendem Erfolg. Die Aufklärungsarbeit, die die sozialdemokratische Tagespresse in der Zwischenzeit geleistet hatte, scheint also doch nicht ganz wirkungslos geblieben zu sein. Denn obgleich sich die zusammen gewachsenen Zwillingsbrüder Erzberger und Oldenburg lediglich für die Reduzierung der Heizerzulage einsetzten, obgleich die Regierung sich auf den von der Sozialdemokratie bekämpften Kommissionsantrag festlegte und durch Herrn Tirpitz und Herrn Wermuth die wantende Mehrheit bewirkt, seit zu dießen, fanden sich im ganzen Hause nur noch 116 Abgeordnete, die den traumten Mut aufbrachten, gegen den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen. Es war eine glatte Niederlage, und ließen wir in parlamentarisch geformten Verhältnissen, so hätte es eine Sekunde nach dieser Abstimmung seine Regierung Bethmann-Hollweg nicht geben dürfen.

Mit den Sozialdemokraten stimmten die Fortschritts- und Nationalliberalen, die die sozialdemokratische Anregung durch Einbringung gleichlautender Anträge unterstützten hatten, einige Posen und vereinzelt Abgeordnete der Rechten. Durch den Zentrumsumriss aber ging ein lassiger Ab; die innerhalb der Fraktion herrschenden Streitigkeiten traten in der geplatteten Abstimmung zutage. Mit der Linken stimmten zahlreiche Zentrum abgeordnete aus Baden und den preußischen Wahlen, während die schwäbischen Bayern mit Ausnahme des Abg. Schirmer ziemlich geschlossen mit den Juntens und der Regierung gingen. Diese Parothe des „germanischen“ Oldenburg mit dem preußischen Adler hat aber

für die Beteiligten keinen erfreulichen Erfolg gehabt. Nur 116 Stimmen blieben zurück als trauriger Rest des einst so stolzen schwärzblauen Schnapsblacks. Die Namen dieser 116 Unentwegten, die sich nicht scheuten, den armen Heizer einen Groschen täglich vom Mund abzunehmen zu wollen, werden wie verdienstlich, sobald die amtliche Abstimmungsliste heraus ist. Den Herren soll nichts geschenkt werden!

Und Herr Tirpitz, der Großadmiral, in schwerer See? Er machte ja allem ein recht ungünstiges Gesicht. Aber war es nicht er selbst, der sagte, wenn etwas von oben befohlen werde, dann habe die Unzufriedenheit aufzuhören? Nun wohl, es ist von oben befohlen worden, daß Herr Tirpitz von den sauer verdienten Groschen der Heizer keine Hände zu lassen hat. Damit hat er zugleichen zu sein, oder, um einen Ausdruck seiner Kollegen, Herrn v. Ritterlein-Wächter, zu wiederholen, dabei hat er sich zu bewähren.

Die Heizer der fälschlichen Marine dürfen sich aber jetzt im Stillen sagen: „Es ist doch gut, daß es einen Reichstag des allgemeinen Wahlrechts und in diesem eine sozialdemokratische Fraktion gibt!“ Auch die Heizer sind ein Teil der Armee, mit deren Hilfe die preußischen Junker eines Tages den Reichstag sprengen und das allgemeine Wahlrecht festsetzen möchten. Hoffentlich wird der nächste Erfolg des allgemeinen Wahlrechts der sein, daß der alte sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Soldatenlöhnung um 10 Pf. im nächsten Reichstag eine Mehrheit finden wird. Die Armee hat also auf keinen Fall ein eigenes Interesse daran, sich von junkerlichen Katastrophenpolitik gegen Parlamentarismus und Reichstagswahlrecht mißbrauchen zu lassen!

## Politische Rundschau.

Bant, 5. April.

### Die „übliche Gewohnheit“ des Reichstages.

Herr Schweinburg bringt in leinem Berliner Politischen Nachrichten eine anstrengend offiziell inspirierte Notiz, die die Aufstellung entgegenstellt, als ob sich der Reichstag mit Annahme der fortwährend angebotenen Abstimmungslösungen mit den vom Reichskanzler vermittelten Anträgen in Widerstreit gesetzt habe. Dabei wird eine Betrachtung über den Wert von Resolutionen angefügt, die denn doch geradezu alles überdecken, was an offizieller Herausförderung des Reichstages bislang geleistet worden ist. Der Reichstag kann keine Wünsche in der Hauptfahne nur in Form von Resolutionen zum Ausdruck bringen. Dieses Recht des Reichstages wird nun von dem Offiziosus Schweinburg so gekennzeichnet:

Im Reichstage hat sich längst die üble Gewohnheit eingebürgert, bei dem Etat und größeren geschehenden Werken Resolutionen in großer Zahl zu lassen. Durch die Überzahl solcher Beschlüsse wird deren Wert an sich vermindert. Man ist aber auch im Reichstage darüber nicht im Zweifel, daß es sich bei zahlreichen dieser Resolutionen um bloße Monologe ohne jede praktische Folge handelt. Dennoch fehlt es bei der Beschlusshandlung über Resolutionenantsätze nur zu häufig an dem vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit. In der Vorausicht, daß die Resolutionen doch keine praktischen Folgen haben werden, entschließt sich mancher leichter, für eine solche zu stimmen, als wenn er die Verantwortung dafür tragen müchte, den darin enthaltenen Wunsch in die Tat zu übersetzen. Deshalb wohnt vielen solchen Resolutionen des Reichstages nur eine sehr geringe Bedeutung bei. Dies ist zweifellos auch in besonderem Maße in Betracht der erwähnten fortwährenden Resolution der Fall. Man wird sicher in der Annahme nicht schließen, daß diese Resolution auf die Bewegung der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches nicht den mindesten Einfluß haben wird.

Das ist eine Ohnmacht für den Parlamentarismus überhaupt. Mit diesen Worten wird dem Reichstage gezeigt: er hätte verhindern können, was er wollte, die Regierung mache doch, was sie will. Allerdings haben die meisten Resolutionen die jetzt ein unzählbares Ende im Papierkorb des Bundesrates gefunden. Daß der Reichstag von den Beamten der Regierungen so bagatellhaft behandelt wird, ist keine eigene Schuld. Aber so offen ist dem Reichstage der Grad von Nachdrücklichkeit noch selten vor Augen geführt worden, wie das hier, sicher nicht ohne Auftrag, durch den offiziellen „Sanhüter“ Schweinburg geschehen ist.

### Aus dem preußischen Herrenhause.

Das Herrenhaus stimmte am Dienstag dem Gesetze zu, durch das für taubstumme und blinde Kinder die Schulpflicht

eingeführt wird. Ein konserватiver Antrag, der den Staat verpflichtet, will, für die den Provinzen aus der Fürsorge für solche Kinder entstehenden Ausgaben Beiträge zu leisten, wurde auf den entchiedenen Widerspruch der Staatsregierung hin abgelehnt.

Zu einer sehr interessanten Debatte kam es bei dem Gedenktag über die kindlichen Fortbildungsschulen. Von verschiedenen Seiten wurde den reaktionären Gehörten der Herrnhäuser Ausdruck gegeben. Feldmarschall Graf v. Haeseler beantragte sogar, daß alle Preußen bis zum 18. Lebensjahr für Fortbildungspflichtig sein sollten und daß sogar an den Sonntagen mit Ausnahme der Zeit des Hauptgottesdienstes Unterricht zu erteilen sei. Graf Hohenlohe erging sich in wütenden Angriffen gegen die Sozialdemokratie und behauptete, daß durch die Sozialdemokratie Turnvereine und durch das Organ der Jugendlichen, die „Arbeiterjugend“, den jungen Leuten schläfrige und aufsehende Lefläche geboten werde. Galt es wohl, beruhend berühren nach solchen Reden, in denen natürlich auch die Einführung des Religionsunterrichtes für Fortbildungsschulen verlangt wurde, die Ausführungen des früheren Oberpräsidenten von Schleien, des Grafen von Zedlik, der erklärte, daß man mit Fortbildungsschulen allein nur den Zweck verfolgen dürfe, die Jugend auf dem Lande mit höherer Bildung zu versorgen, als es durch die Volksschulen getan werde. Das Regierungsvorlage wurde schließlich angenommen; der Antrag Haeseler abgelehnt. Eine Resolution des Grafen v. Droste-Ulriching, die fordert, daß in den Fortbildungsschulen auch Fortbildung in der Religion beübt werden, wurde angenommen, nachdem sie vom Kardinal Dr. Nopp beantwortet worden war.

Das Herrenhaus erledigte dann noch kleinere Vorlagen. Am Mittwoch wird der Etat beraten werden.

## Deutsches Reich

**Der Reichstag ging in die Ferien.** Der Reichstag beendete am Dienstag in einer langen Sitzung die dritte Lesung des Etats. Ohne Debatte erledigt wurde von den größeren Staats Rechtsanwälten und Konsulnstedt nebst Schriftgelehrten. Zuerst kam der Militäretat heran. Zahlreiche und sehr verschiedenartige Schlußhörscheiter an unserem herzlichen Armeeschein wurden von den Genossen Kunert, Jubel, Uebel, Oeder, Gottschütz gerügt. Sehr heftig ging es her beim Marinettat. Das System Tirpitz wurde von den Genossen Seewerder und Rosse kraftig in's Geber genommen.

Der Etat der Reichspost gab dem Genossen Jubel und Eichhorn Gelegenheit, erneut auf arge Missstände im Stehmannsche hinzweisen. Und ganz zuletzt kam noch eine Kalandebatte. Schatzkanzler Wermuth bezeichnete eine Untersuchung über die Frage, ob der Bund der Landwirte von seiner Verkaufsstelle mit oder ohne Gegenleistung die bekannte Juwendung empfängt, also ob diese Juwendung Juwendungssteuerpflichtig sei oder nicht, als ein undeutiges Eindringen in die Rechtsverhältnisse einer Privatperson, wodurch der Fiskus mit mimosenhafter Scham zurückblieb. Endlich nach 10 Stunden war man mit der dritten Lesung des Etats fertig. So übermüdet war das Haus, daß die Polen für einen daßalifischen Antrag aus Berleben stimmten. Ein Aufatmen ging durch das Haus, als man endlich in die Ferien konnte. — Am 2. Mai kommt nun also die Reichstagsverschließungsordnung vor.

**Zur Reform des Strafrechts.** Am Dienstag nachmittag trat im Reichsjustizamt die Kommission zur Reform des Strafrechts zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Sie hat die Aufgabe, auf Grund des im Jahre 1909 veröffentlichten Vorentwurfs eines Strafgelehrten einen verbesserten Entwurf auszuarbeiten. Entwurf des verhinderten Staatssekretärs des Reichsjustizamts führte der frühere Ministerialdirektor im preußischen Justizministerium, Geheimrat Dr. Lucas, den Vorjahr.

**Eine Auseinandersetzung zwischen dem Antisemiten Bruhn und dem antisemitischen Bruhn.** In der „Duisener Zeitung“, einem Blatt, das im Wahlkreis des Antisemiten Bruhn erscheint, hat der dortige deutschnationale Reformverein ein Danckescheit veröffentlich, das ein Landwirt an Bruhn gerichtet hat und in dem er für die durch Bruhn bewirkte Befreiung seines Sohnes vom Militärdienst dankt. Die Antisemiten wollten damit den Einfluß beweisen, den Bruhn auf marktende Stellen ausübt und inhand ist. Der Landrat des Kreises Friedberg, Herr v. Waldbow, hat durch diese antisemitische Stimmungsmache jedoch einen direkten Streit gemacht, indem er in seinem Druck eine amtliche Bekanntmachung erläutert, aus der offensichtlich hervorgeht, daß die Befreiung des jungen Mannes vom Militärdienst einzig und allein auf die Tätigkeit des Landrats zurückzuführen ist, der Antisemit Bruhn damit also absolut nichts zu tun hat.

**Reif zum Absagen.** Der Freiburger Universitätsprofessor v. Schulz-Gävernig, überaler Reichstagslandrat



Die Freiburg hat dort eine Rede gehalten, der die „Germania“ folgende Stellen entnimmt: „Wir beschäftigen, mitzuarbeiten an der Herstellung einer Reichstagsmehrheit der Linken, bei welcher eine starke Sozialdemokratie auf der äußersten Linken und der Liberalismus das Gelt in der Hand hätte. Durch eine solche Reichstagsmehrheit hoffen wir hinzuwirken in der Richtung auf die Liberalisierung Preußens, ohne welche eine Liberalisierung Deutschlands überhaupt undenkbar ist. Und die Liberalisierung Preußens ist dringend notwendig, für dringendes nationales Interesse. Die Herrschaft des östlichen Zentrum wendet sich in der Weise gegen die Arbeiterschicht, daß sie berechtigte wie unberichtigte Beschwerden in gleicher Weise niederschlägt. Ich bin überzeugt, wenn wir in Wroclaw gewesen wären und den Rüden verlassen bekommen hätten, wie wären auch Sozialdemokraten geworden und wahrscheinlich keine Revolutionen, sondern Radikale.“

Die Freiheit des schwarz-blauen Blodes nimmt diesen freimütigen Herrn kräftig in Schere. Die „Volk“ findet logar, daß die Ereignisse von 1848 nicht zum wenigsten auf die Tätigkeit der damaligen Professoren zurückzuführen sind. Denen destitutiv Einfluß wirkt das Blatt dem oben genannten Professor vor. Entweder die Professoren treten für das lösliche Treiben der Ritter und Heiligen ein, oder sie haben sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten — so lautet der Beschluß des Schnapsblots.

Ein deutscher Reichstagsabgeordneter als französischer Staatsbürger. Der Großindustrielle Coates de Wendel hat sich das französische Staatsbürgerschaft wieder erworben. Die bürgerliche Presse tut sehr verwunderlich, daß er sein Mandat zum deutschen Reichstag nicht niedergelegt hat. In Wirklichkeit hat er das nicht nötig, wenn er in Deutschland einen Wohnsitz behält und nicht ausschließlich auf seine deutsche Staatsangehörigkeit verzichtet. So geht z. B. der Herzog Alenster, der im Reichstag Mitglied der Zentrumspartei ist, auch der belgischen Esten Kammer als Mitglied an.

Die „Volk“ bemerkt: „Wie wissen nicht, wie Herr de Wendel es mit seinen Pflichten als Reichstagsabgeordneter, der verfassungsgemäß Vertreter des ganzen deutschen Volkes ist, es für verehrt hält, aus freier Wahl und aus innerer Zustimmung staatlicher Staatsbürger zu sein. Man darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß Herr de Wendel die Unmöglichkeit eines solchen Doppel-Beschäftnisses einseht und daraus die einzige mögliche Lösung zieht, sein Reichstagsmandat niedergelegen. Im anderen Falle müßte überlegt werden, ob nicht das Staatsrecht eine Handhabe bietet, solche wegen ihrer Ungehörigkeit in der Verfassung nicht vorgesehenen Fälle durch die bestehenden Vorrichtungen vorbildende Rechtsprechung nachdrücklich zu erläutern und auf Grund der bloßigen Rechtsgrundlage festzulegen, die eine solche Kollision staatsbürglicher Pflichten unmöglich machen. An der praktischen Ungehörigkeit der Schlüsse kann wohl kein Zweifel sein.“

Das neue hellische Wahlgesetz. Die hellische Stände-kammer nahm am Dienstag das neue Wahlgesetz an, das für Hessen das direkte Wahlrecht mit einem Pluralkoalitionsrecht für Wähler über 50 Jahre bringt.

Die Justiz im Kampfe gegen die freie Jugendbewegung. Vor dem Gelsenkirchener Schiedsgericht hielten sich sieben Mitglieder des Jugendauschusses wegen angeblicher Überbreitung des Rechtsvereinigungssatzes zu verantworten. Nach der Anklage sollten die Angeklagten es unterlassen haben, die Sitzungen eines politischen Vereins einzutreten, ferner die Teilnahme von Personen unter 18 Jahren bei den Versammlungen gebündet zu haben. Eine Reihe jugendlicher Zeugen sagten aus, daß in den Versammlungen nie von Politik oder von der Sozialdemokratie die Rede gewesen sei. Drei Jugendliche wollten das Wort „Sozialdemokratie“ einmal gehabt haben.

Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 10 Mr. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung heißt es, die lohe Organisation der Jugendlichen sei als politische Organisation zu bezeichnen, deren Vorstand der Jugendausschuß sei. Das Gericht habe ferner die Überzeugung gewonnen, daß, wenn einmal der Sozialdemokrat gesprochen sei, es sich nicht um eine einzelne Entgleisung handle, sondern daß es darauf angelegt sei, die Jugend im Sinne der Sozialdemokratie zu erziehen. — Gegen das Urteil ist Berufung eingereicht.

Röntg. preußische Steuerhessen. Das Schrift der für Berlin geplanten Lustbarkeitssteuer dürfte entschieden sein nachdem von maßgebender Seite erklärt worden ist, daß die Krone auf der Steuerfreiheit für ihre Institute beharrte. Direktor Bräuer hatte sich um Auskunft an das preußische Haushaltministerium gewandt und dort die Auskunft erhalten, daß das Ministerium des Königlichen Adels dies nur eine Aufgabe lebe: die Prärogative des Königs zu wahren, und daß, gleichwie der preußische Finanzminister beim Menschensteuerertrag die Steuerfreiheit der Landesherren vertrat, es als Pflicht des Haushaltministers erscheine, vor dem Könige Rechten auch nicht ein Titelchen zu öffnen.“ In diesem Spezialfall hat diese Steuerhessen wenigstens das Gute, daß man die Lustbarkeitssteuer höchstwahrscheinlich überhaupt abgelehnt wird.

Der neuen lieben Gott zu versöhnen. Die Altdäuer Söhnewallfahrt nach Altdüren, die nach der Zentrumserfolge in Remplien-Dominikanerkloster geplant wurde, wird nun noch allen Spottes, der nach ihrer Ankündigung laut wurde, doch zur Ausführung kommen. Nach einer Mitteilung aus Remplien werden die von krommen Zentrumspartei zusammengetriebenen Altdäuer katholischen Vereine, besonders die Burschen, Gesellen, Arbeiterv. Volls., Gesang- und katholischen Männervereine, mit Jahren am 15. Mai nach Altdüren wallfahrt. Doh es sich in der Tat um eine Sühnewallfahrt handelt, um den lieben Gott mit dem Ausfall der Wahl zu versöhnen, geht schon daraus hervor, daß sich nach dem Einladungsschreiben seine Freien an dem Pilgerzug beteiligen dürfen, während auch solche Männer und Jünglinge teilnehmen können, die keinem Vereine angehören.

## England.

**Die Oberhauserform.** Im Oberhause verabschiedete Chesterfield eine Botschaft des Königs, welche die Antwort auf die von Lord Lansdowne in der vorigen Woche beantragte Adressen billdet. In der Botschaft wird erklärt, im Beiträgen auf die Weisheit des Parlaments wünsche Seine Majestät, daß seine Prärogative für die Ernenntung von Peers Erwidungen des Parlaments über irgend eine Wahlnahme zur Reform des Hauses der Lords nicht im Wege stehen sollten. — Im Unterhause begann unter Befallungen der Ministerien die Debatte über die Botschaft. Obwohl die Vorlage nur aus vier Klauein außer der Einleitung besteht, so sind doch 900 Abänderungsverschläge, unter ihnen 800 von Unionisten, eingebracht worden.

## Spanien.

**Die Löschung der Ministerkette.** Die Ministerkette ist rascher gestrichen worden, als man erwartet hatte. Der König hat Canalejas sein Vertrauen ausgedehnt und ihn mit der Neubildung des Kabinets beauftragt. Canalejas hat zwei konservativ angebaute Minister ausgeschlossen und das neue Kabinett läuft sich bereits heute der Kammer präsentieren. Das weitere wird davon abhängen, ob Canalejas endlich die Energie zu einer liberalen Politik finden wird. Wahrscheinlich ist das nicht der Fall. Die republikanisch-sozialistische Koalition, der sich auch die Radikalen anschließen werden, ist aber entschlossen, auf die Revision des Ferrocarrillo zu bestehen. Diesbezüglich jedoch dem lächerlichen Widerstand der Generale. So dauert also der Konflikt trotz der momentanen Verlegung der Ministerkette fort und kann jeden Augenblick zu ernsten Ereignissen führen.

## Amerika.

**Die außerordentliche Session des Kongresses.** Die außerordentliche Session des Kongresses hat in Washington begonnen. Man erwartet nicht, daß die Demokraten die Mobilisierung der Truppen während dieser Session erfordern, nachdem Präsident Taft den Parteiführern Geheimberichte über die mexikanische Lage, welche die Mobilisierung begründen, zur Einsicht überhändigte. Zum Sprecher des Repräsentantenhauses ist der Demokrat Champ Clark gewählt worden. Die in der vorigen Session des Kongresses nicht zur Erledigung gelangte Vorlage bez. das Gegenleidigkeitsgesetz mit Kanada, wurde von dem Republikaner McCullom sofort wieder eingebracht. Die Botschaft des Präsidenten an den Kongress besagt, die Staatskündigung verlängere sich um 3465 000 Dollar. Außerdem weist die Botschaft darauf hin, daß mit ungemeinlicher Rücksicht die Eisenbahnbauten betrieben seien und eine reiche Industrie eingebracht sei.

## Parteinachrichten.

**Genosse Jakob Stern gestorben.** Am Dienstag morgen starb in Stuttgart nach langem Leiden Genosse Schriftsteller Jakob Stern im 80. Lebensjahr. Chemals jüdischer Rabbiner, kam Stern anfangs der achtziger Jahre zur Sozialdemokratie. Er hat in den württembergischen Sozialdemokratie jahrezeitelang eine führende Stellung eingenommen, hat eine ungemein reiche Schriftstellerische Tätigkeit entfaltet und war besonders als gründlicher Marxkennler ein Kämpfer der materialistischen Geschichtsauffassung und der Philosophie Spinozas. Als Mitglied der Programm-Kommission des Erfurter Parteitages hat er iätzig Anteil an der Schaffung des heutigen Programms genommen.

## Gewerkschaftliches.

**Die 19. Generalversammlung der Zimmerer Deutschlands.** Ist am Montag in Leipzig zusammengetreten. Dem gedruckt vorliegenden Bericht ist zu entnehmen, daß der Verband sich in den letzten zwei Jahren nicht nur von dem Mitgliederwert während der Arbeitsjahre erholt, sondern auch eine nennenswerte Mitgliederaufnahme zu verzeichnen hat. Am 1. Januar 1909 zählte der Verband 49 296, am 31. Dezember 1910 aber 54 450 Mitglieder. Die Belegschaft war reich an Lohnkämpfen. Im Jahre 1909 wurden 399 Lohnbewegungen gemeldet, an denen 1975 Mitglieder beteiligt waren. In 162 Fällen kam es zu Streiks oder Ausperrung. Die Gefanimitationen der Lohnkämpfe betrugen für 1909 429 109,53 Mr. Das Jahr 1910 brachte die große Ausperrung, um die Bauarbeiterverbände zu vernichten. Ausgelöscht wurden an 1276 Orten 27 258 Zimmerer. Die Kosten der Ausperrung betrugen 1706 833 Mr. Weitere Lohnbewegungen hatte der Verband im Jahre 1910 noch 162. Im Jahre 1909 erzielte der Verband: Lohnverhöhung für 24 875 Mitglieder von 1/4—2 Pg. pro Stunde und für 5441 Mitglieder von 1/4—2 1/2 Pg. pro Stunde. Die Arbeitszeit wurde verlängert für 68 Mitglieder um 1 Stunde pro Tag und für 876 Mitglieder um 1/2 Stunde pro Tag. Im Jahre 1910 wurde erzielt: Lohnverhöhung für 33 375 Mitglieder von 1—5 Pg. und für 19 566 Mitglieder von 5—14 Pg. pro Stunde. Die Arbeitszeit wurde verlängert für 841 Mitglieder um 1 Stunde und für 5125 Mitglieder um 1/2 Stunde pro Tag.

Nach dem Rössnerbericht betragen die Einnahmen der Hauptfeste im Jahre 1909 1 650 814,99 Mr., 1910 dagegen 2 742 698,64 Mr. Die Ausgaben erreichten eine Höhe von 1 804 954,44 Mr. im Jahre 1909/1910 und 2 612 863,94 Mr. 1910. In Beiträgen wurden 1909 1 022 686,85 Mr. und 1910 1 181 852,36 Mr. vereinommen. Für den Streifond gingen 1910 109 098 Mr. und 1910 146 737,65 Mr. ein. Der Ertrag der Extramarken im Jahre 1910 betrug 782 691,25 Mr. Von den Ausgaben seien erwähnt: Agitation 1909 109 111,35 Mr. und 1908 123 518,03 Mr.; Arbeitslosenunterstützung 1909 593 361,25 Mr., 1910 370 192 Mr.; Reiseunterstützung 1909 28 913,30 Mr., 1910 16 381,50 Mr.; Steinholztonnen 1909 368 426,55 Mr., 1910 aber 1 653 166,96 Mr.; für das Verbandsorgan wurden 1909 101 051,86 Mr., 1910 106 507,42 Mr. aufgewandt. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug Ende 1909 1 670 205,58 Mr. und Ende 1910 1 869 369,32 Mr., es ist trotz der Ausperrung noch etwas gestiegen.

**Streit der Steinarbeiter in Koblenz.** Am Montag den 3. April haben die in Koblenz beschäftigten Steinarbeiter die Arbeit eingestellt, die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Arbeitsvertrages ergebnislos verlaufen sind. Von den Arbeitern war eine Lohnherabsetzung von 5 Pg. pro Stunde gefordert worden, einige kleine Firmen haben dies bewilligt, nur die beiden Hauptfirmen: Holsteinmeister H. Baß und Wm. Wilhelm Baß weigern sich und wollen nur ab 1. Juli 2 Pg. Zulage bewilligen. Zugang ist ferngehalten.

**Der Streit der Maschinisten auf der Dortmunder Union beendet.** Nachdem die Verhandlung der Union es weiter ablehnte, mit den streitenden Arbeitern zu verhandeln, und nachdem in den letzten Tagen ein erheblicher Teil der Ausländer sahnsüchtig geworden war, beschloß eine Versammlung der Streitenden, die Bewegung abzuschließen und sie zu geeigneter Zeit mit verstärkter Kraft wieder aufzunehmen.

## Soziales.

**Auch die Freien Hilfsklassen Deutschlands werden am 29. April d. J. zu einem Kongreß in Berlin im Gewerkschaftshaus zusammenkommen, um zu der Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen.** Tagesordnung:

1. Der Reichsversicherungsordnung und die eingeschobenen Hilfsklassen.
2. Der Entwurf des Gesetzes betreffend die Aushebung der Hilfsklassengesetzes.
3. Beratung der vorliegenden Anträge.

Anträge, die auf dem Kongreß zur Beratung kommen sollen, sind spätestens bis 18. April an den Vorstand der Kommission: G. Schaud, Altona, Gustavstraße 25, einzusenden.

## Stadtratswähler von Rüstringen!

Sonntagnachmittag den 8. April:

Stadtratswahl im „Deutschen Haus“ zu Nopperhöhn.

Das Stadtgebiet wählt in Hilleborns Lokal.

Aktiviert nach Kräften für die Wahlen der vereinigten Bürgervereine. — Vereinfacht die Wahl, indem Ihr keine Streitungen vornehmt.

## Lokales.

Bant, 5. April.

### Schändlich rücksichtslos.

Allen Behörden ist bekannt, daß hier eine Arbeiterpresse existiert, die fast in jedem Arbeiterschein im Bezirk Rüstringen-Wilhelmsbauen gelebt wird und die andererseits alle im Allgemeininteresse liegenden kommunalen und behördlichen Bedürfnissen nach Rücksicht untersetzt, wie keine andere Presse. Um so trauriger und für die gesamte Arbeiterschaft geradezu deplorabel ist es, wenn diese Presse für gewisse Bedürfnisse besonders dann als gar nicht existierend betrachtet wird, wenn man die Arbeiter als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es ist daher Aufgabe derjenigen Korporationen, in welchen Arbeitern leben, nach Rücksicht dahin zu wenden, daß bei den Behörden eine defensive Einstellung Platz greift. Oder will man die Arbeiterschaft nichts als Staatsbürger und Steuerzahler braucht. Geradezu aufziehend und empörend ist ein solches Verhalten von Behörden. Die Arbeiter müssen Steuern zahlen, müssen allen behördlichen Anordnungen nachkommen, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen; aber ihnen auch die behördlichen Anordnungen in gerechter Weise bekannt zu geben, dieses erste Erfordernis einer gerechten Behörde muß man hier leider noch an manchen Stellen vermissen. An andern Orten und besonders in Südbadenland ist man in dieser Beziehung konzilianter. Es

noch in den Alten. Die Post hat dadurch bei der Bestellung der Tagesblätter erhebliche Schwierigkeiten. Wer daher von den Wählern seinen Stimmzettel zugesandt erhält, der möge auf den Mangel der Wahlzettel zurückzuführen. Am Wahlgang sind selbstverständlich Stimmzettel erhältlich.

**Arbeitsbücher.** Junge Leute, die nach erfolgter Schulbildung ihren Wohnsitz verlassen, um auswärts in die Schule oder in ein Arbeitsseminar zu treten, seien darauf aufmerksam gemacht, sich schon in ihrer Heimat mit dem der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Arbeitsbuch zu versehen, da die Ausstellung desselben die Zustimmung des Sohnes oder Vormundes erfordert. Erfahrungsgemäß wird dies vielfach unterlassen und es entstehen dadurch den beteiligten Vertretern nachträglich Unstufen und Verwicklungen.

**Nochmals die Aündigungen des Herrn Gebhardi.** Von einem Meister werden wir gebeten, auf die geistige Erklärung des Herrn Gebhardi mitzugeben, daß schon in ihrer Heimat vor jetzt zwei Wochen zugelassen habe, keinen seiner Meister Anträge zu wollen, wohl aber wolle er zu Juli noch eine einmalige Mietsteigerung vornehmen. Der Meister möchte gegen letztere leinerlei Einwendungen. Trotz allem erhalten die fünf Anmeldungen.

**Harter Frost,** der in den Gärten manchen Schaden angerichtet haben wird, hatten wie heute früh zu verzeichnen. Die Fenster waren stark mit Eis überzogen. Die Arbeiter auf Hochbauten konnten heute vorzeitig die Arbeit nicht aufnehmen. Auf den Weiden sieht man bereits Vieh treiben. Selbst müssten aber diejenigen Landwirte werden, die bei den jüngsten Nachschäden ihr Vieh nachts im Freien lassen.

**Staats- und Gemeindesteuern.** Die Hebung der Einkommen- und Vermögenssteuer, der Aumen- und Gemeindeumlagen, der evang. Kirchensteuer und der Kanalisationsabgaben für das 4. Quartal 1910/11 findet im heisigen Rathaus, Zimmer Nr. 6, vormittags von 9 bis 1 Uhr statt und zwar am 6. April an Jahrestag I für die Zahlungspflichtigen mit dem Ansatzbuchstaben K und am Jahrestag II für die Zahlungspflichtigen mit dem Buchstaben W oder Z.

Wilhelmshaven, 5. April.

**Die Gemeindesteuerliste der Stadt Wilhelmshaven für das Steuerjahr 1911 (Steuerpflichtige mit einem Einkommen unter 900 M.) liegt vom 4. bis ab 14 Tage lang im Steuerbüro, Zimmer Nr. 10 des Rathauses, zur Einsicht aus.**

**Der Konflikt der Fleischarbeiter mit der Baufirma** lange Zeit durch Betriebszeit geregelt zu werden.

**Das Geschwader** wird hier anwendend sein: vom 12. bis 18. April, 12. bis 15. Mai, 19. bis 22. Mai, 1. bis 6. Juni, 10. bis 17. Juni, 1. bis 17. Juli.

Die zollfreie Niederlage soll jetzt geschaffen werden. Der Möglichkeit gibt hierzu folgendes Raum: Die Stadt Wilhelmshaven beschäftigt am südlichen Liegeplatz einen Lagerkranpumpe nicht zollfreier Niederlage in Größe von rund 2000 Quadratmetern zu errichten. Der Tarif für die Bebauung ist wie folgt in Russisch genommen: a) Lagerkrautraum pro Quadratmeter: Keller 2,00 Mt., Erdgeschoss 1,50 Mt., 1. Stock 2,00 Mt., 2. Stock 1,50 Mt.; b) Zollfreie Niederlage pro Quadratmeter: Keller 4,00 Mt., Erdgeschoss 5,00 Mt., 1. Stock 4,00 Mt., 2. Stock 3,00 Mt. Der Betrieb der Anlage soll für zunächst fünf Jahre an einen Unternehmer verpachtet werden. Unterliegen erhalten über den geplanten Bau und den Umgang des durch Zeichnung von Gewerbetreibenden beanspruchten Raums nähere Auskunft auf dem Stadtbauamt. Angebote auf Niederlage der Nachfrage werden bis zum 18. April 1911, mittags 12 Uhr, eingegangen.

**Schlossmordversuch.** Der Obermästlini des Verwaltungsfahrzeugs "Möve" brachte sich heute morgen um 7 Uhr einen tiefen Schnitt mit dem Messer am Halse bei. Der Schlossmordversuch soll auf Krankheit zurückzuführen sein. Der Verletzte wurde sofort durch den Rettungswagen ins das Lazarette gefördert.

**Tödlicher Unfall.** Bei der vorigelittenen Überfahrt des Minenbootes "T 40" von Cuxhaven nach Wilhelmshaven ist der Minenoffizier Schütz von einer überkommenden See über Bord gestoßen und ertrunken. Die Leiche konnte geborgen werden und wurde hier gelandet.

**Ein Schwindler.** Politisch wird gemeldet: Ein Lauf der vorigen Woche sprach bei mehreren Personen in Bant ein Mann vor, der sich als Beamter der Invaliditätsversicherung ausgab und den Leuten vorschwindete, er sei beauftragt, Gehübe und Abholung von Beiträgen entgegenzunehmen. Mit diesen Gefüßen, die er leicht entwarf und sich bezahlten ließ, schickte er die Personen zum Wilhelmshavener Rathaus. Die in Wilhelmshaven geschädigten Personen werden erucht, sich umgehend bei der Kriminalpolizei zu melden. Der Schwindler ist delakt und hat hier bereits ähnliche Säulen gegeben.

Auch die in Rüstringen beschwindelten Personen sollen sich bei der Polizei melden.

**Der städtische Theatersyndikus** wurde gestern mit der Bedrohung Oper "La Traviata", zu deutsch: die "Traviore", geschlossen. In Erwartung eines hohen Künftigenusses war der Besuch der Vorstellung ein ungemein guter. Das Varieté wie die Galerien waren dicht besetzt. Die Violetta, die Hauptperson des Stücks, um die sich alles dreht, wurde von der Sängerin Else Siebert, Mitglied des Opernensembles des Bremischen Stadttheaters, im Gelang wie im Spiel meisterhaft wiedergegeben. Ihr Partner in der tragischen Liebesgeschichte, die dem Opernstück zu Grunde liegt, Alfred Gerhardt, gefangen von einem Herrn Rardon, war erst schwach und unklug im Gesang, doch wurde er im zweiten Akt besser und zeigte, daß seine Stimmittel doch nicht so unbedeutend sind. Das gleiche ist von dem dritten der Hauptdarsteller, dem Bater Albrecht, einem Herrn Müller, zu sagen. Der Chorgesang konnte uns nicht befreudigen, dagegen war die Musik herlich. So hohen Genuss die Musik, der Gesang und das Spiel, besonders der Hauptpersonen, vor allem der

Violetta, bot, so war der Gesamteindruck unbestreitbar. Die Mängel des heutigen Theaters, des Theaters im kapitalistischen Zeitalter, traten kräftig dabei zu Tage. So wirkte der Unterschied in der Rüstigung der Damen, der Violetta gegenüber den anderen Damen, einfach entsetzlich. Die Kostüme der letzteren waren gegen die der ersten armselig. Dadurch wurde dem Stück geradezu ein anderes Milieu gegeben als es der Dichter ihm gegeben hat. In einer Gesellschaft von Damen der Pariser Ledewelt wird man solche gekleidete Unterschiede in den Rüstungen nicht finden, wie wir sie gestern auf der Bühne gesehen haben. Und ein Stück Leben aus der Pariser Gesellschaft soll das Stück doch darstellen. Das wird erst anders, wenn die Theaterverwaltungen die Rüstüme liefern müssen und wenn Direktoren und Publikum sich darüber klar werden, daß zu einem harmonischen Schönheit spendenden Gesamtpunkt nicht bloß ein Blumenstrauß mit seinem drum und dran, sondern auch die weniger gottbegnadeten Sänger und Schauspieler, die zum Stück gehören, notwendig sind, also nicht als Abseits behandelt werden dürfen. Zum Schluß des Clitus wollten wir aber ganz annehmen, daß der Unternehmer, Herr Hall, mit dem geringen Zuschlag, den die Stadt Wilhelmshaven geleistet hat, verhältnismäßig viel Schönes und Gutes geboten hat. Um der schweren Konkurrenz von Hörern zu trotzen, mußte er dem minder leistungsfähigen Publikum ermäßigte Preise gewähren. Hatte er mit dieser richtigen Geschäftspolitik auch Erfolg im Erfolg, so doch kaum in praktischer Beziehung. Hoffentlich aber ist es ihm dennoch möglich geworden, für die nächste Theatersaison wieder das Theater übernehmen und noch mehr wie heuer leisten zu können. Der Erfolg wird dann auch nicht ausbleiben.

**Wilhelmstheater.** Gestern abend wurde vor fast ausverkauftem Hause die Operette "Der fidele Bauer" wiederholt und wieder sehr befällig aufgenommen. — Heute abend wird in "Burg Hohenzollern" die Operette "Der Graf von Luxembourg" und am Freitag ebenfalls in "Burg Hohenzollern" das Schauspiel "Glaude und Helmut" in Szene geben. Zur Operettendarbietung wird in einem herabgelassenen Eingangsvordach: 50 Pf. für nummerierte Saalplätze, 30 Pf. für Galerie. Für das Schauspiel sind folgende Preise vorgesehen: Voge und Barlett 1,50 Mt., Sperrlich 1 Mt., Balkon und 1. Stock 60 Pf., Galerie 40 Pf. — Billets zu ermäßigten Preisen sind auch in der Expedition d. Bl. zu haben.

**Schloßhof-Bericht vom Montag März.** Geschlachtet wurden: 221 Stück Grohschwein, 40 Stück Jungschwein, 250 Räuber, 2116 Schweine, 77 Schafe, 17 Pferde. — Auf der Freilandverkaufstafel wurden: als minderwertig (ungekocht) 1 1/4 Stück Grohschwein, 1 1/4 Stück Jungschwein, 1 Räuber, 18 1/2 Schweine, 2 Schafe; als bedingt tauglich (gekocht): 1/2 Stück Grohschwein, 1/2 Stück Jungschwein, — Räuber, 2 1/2 Schweine. — Vermißt wurden: 10 Räuber, 2 Schweine, 1 Pferd. Außerdem wurden vernichtet: 16 Äpfel, 3 Kürbisse, 41 Brustfrüchte, 406 Lungen, 4 Herzen, 5 Zweckfrüchte, 23 Banchelle, 113 Wägen, 111 Fäthane, 100 Getreide, 147 Lebern, 18 Milzen, 9 Nieren, 9 Euter, 2 Verküppeltes, 30 Rilognamm Fleisch, 65 Kilogramm Fett.

### Aus dem Lande.

Oldenburg, 5. April.

**Die Sohdewegung der Metallarbeiter** in der Maschinenfabrik von Beck und der Maschinenfabrik F. Schulz ist erfolgreich beendet. Bei Beck wurde die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt, der Lohn um 7/8 Proz. erhöht und der Entlohnungslohn geregelt, außerdem wurde die Bezahlung für Montagearbeit und für Arbeiten außerhalb der Werkstatt höher festgesetzt. In der Wollereimachinenfabrik wurde der Lohn um durchschnittlich 4 Pf. pro Stunde erhöht, außerdem fand hier ebenfalls eine Regelung der Montagearbeiten statt. Bei beiden Firmen wurde die Bezahlung der Überstunden und Nacharbeit näher festgelegt. — Die Arbeiter der Firmen sind im Metallarbeiterverband organisiert.

Bremen, 5. April.

**Von der Treppe abgestürzt** ist ein in der Hermannstraße wohnender Zigarettenmacher, als er in großer Eile nach unten gehen wollte. Mitbewohner, die durch das starke Geplätscher aufmerksam wurden, fanden den Abenteurer bewußtlos vor der Treppe liegen. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus befördert, starb jedoch bald nach seiner Entfernung.

Beer, 5. April.

**Differenzen im Holzgewerbe.** Zwischen der Baumfirma Schumacher und den dort beschäftigten Löhnnern sind Differenzen ausgebrochen, die vor circa 14 Tagen zur Arbeitsniederlegung führten. Da die Differenzen anfangs klein zu sein scheinen, und Eingangsverhandlungen angeboten wurden, sind wir auf die Sache erst gar nicht eingegangen. Jetzt steht es aber doch so, als wenn der Unternehmer die ganze Sache durch seinen getrennten Rechtsrat, den Vorarbeiter Mannen (früher Mitglied des Holzarbeiterverbandes) hat scheben lassen. Der freundliche "Brother" will nämlich bei der Einstellung der Löhnnern neben, dergestellt, daß die am längsten bei ihm Beschäftigten, darunter solche, die gar zehn bis fünfzehn Jahre bei ihm arbeiteten, teilweise auf der Stroh bleiben sollen. Diese "Humanität" können die Löhnnern nicht fassen und betrachten selbstverständlich dieses "edle" Prinzipien als rigorole Maßregelung. Das Dorado dieser Firma ist für Holzarbeiter (Löhnnern) gesetzt. Auch der der heilige Firme Reuter Sohne, Möbelfabrik, scheinen die — vor langer Zeit langmütigen — Löhnnern endlich die Rose vollzuhaben von der vornehmen Behandlung durch den "Meister" Reuter. Sie verlassen nämlich eilends diese göttliche Stätte. Hoffentlich dienen diese Aut beiden Seiten zur Ruhe!

**Alte Missellungen aus dem Lande.** Ein auf der Straße spielender sechsjähriger Knabe wurde in Bremen von einem Auto überfahren und getötet. — Auf dem Banden-Laufendruck fiel der Sohn Schneider aus Lingen beim Besuch der Tech-

nikhe von der Maschine und wurde überfahren. Der Tod ist sofort ein.

### Aus aller Welt.

**Das Urteil im Meher Krawallprozeß** wurde Dienstag abend gefällt. Samain wurde wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs zu 6 Wochen Gefängnis und wegen Veranstaltung eines Kongerts ohne Polizeiaufzubau zu 4 Mark Geldstrafe verurteilt; Schi zu 4 Wochen Gefängnis; Karl Marin und Boronzi wegen großen Unfalls zu 80 Mark Geldstrafe; Tournais, Ernst Marin und Brachi zu 30 Mark Geldstrafe; Nicolaus wegen Aufzugs zu 6 Monaten Gefängnis und wegen großen Unfalls zu 30 Mark Geldstrafe; Schneider wegen Widerstandes und Bedrohung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Den beiden letzteren wurde die Unterwerfungshaft angerechnet.

**Ein Todesurteil.** Das Kriegsgericht der 21. Division hatte am 9. Dezember 1910 den Zeugfeldwinkel Ernst Müller, der am 21. August in Hanau seine frühere Geliebte Anna Olland erschossen hat, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen das Urteil hatte der Geschäftsrat Berufung eingelegt, weil Todsschlag und nicht Mord angenommen worden war. Das Oberkriegsgericht des 18. Armeekorps in Frankfurt a. M. kam nach dreitägiger Verhandlung zu der Überzeugung, daß die Tat mit Todesschlag begangen worden sei und verurteilte am 1. April den Angeklagten zum Tode und zur Entfernung aus dem Heere.

**Tod durch Wasserhinterling.** Auf einem Spaziergang fanden vier Knaben aus Danzig Wasserhinterling und aßen von den Wurzeln. Der neunjährige Schüler Thiel verstarb in Tobucht und starb auf dem Wege. Der achtjährige Orth starb noch nach Hause gebracht werden, wo er aber trocken blieb und starb. Die beiden anderen Knaben konnten am Leben erhalten werden.

**Grenelaten der ausländischen Albaner.** Aus Salzburg wird gemeldet: Im Distrikt Linz haben die Aufständischen 3 Dörfer in Brand gestellt. Viele hundert Männer fanden mit Frauen und Kindern den Tod in den Flammen. Die Flüchtenden wurden von den Aufständischen, die die Dörfer umzingelt hielten, schamlos niedermachend; selbst Kinder und Frauen fanden kein Erbarmen.

**Im Sturm gefriedet.** Infolge des herrschenden Schneesturms sind bei Ueda (Pommern) zwei Segler gestrandet, der Segler "Miranda" aus Hamburg, der von Stadt nach Königsberg bestimmt und Holz geladen hatte, und ein holländisches Segelschiff, mit Zement beladen, ebenfalls nach Königsberg bestimmt, dessen Name aber noch nicht festgestellt werden konnte. Von dem deutschen Segler ist der Kapitän ertrunken. Des Mann der Besatzung sind gerettet. Von dem holländischen sind jedoch Mann der Besatzung gerettet.

Ebenfalls auf der Höhe von Ueda wurde ein Schiff in sinkendem Zustand gesunken. Ferner ist in der vergangenen Nacht ein Dreimaster bei Hintersee gestrandet. In Ueda selbst ist ein großer Teil der Dämme weggerissen und das Aushaus schwer beschädigt.

**Kleinsigeschichten.** In der Nacht zum Montag brannte das Wohnhaus des Schmiedes Engelkes in Münster (Westfalen) vollständig nieder. Der Chef des Betriebes und sein beschäftigter Enkel waren in den Flammen ums Leben. Durch Abseits von der Höhe auf Helgoland kam eine schwangere Mutter Broche zu Tode. Ihre Tochterinnen blieben in Höringdorf eine Frau aus dem dritten Alter, eine 21-jährige Mutter, die aus einer Verbindung, die sie mit dem Studenten der Universität Böblingen hatte, und der entgleiteten Beziehungen im letzten Semester 1910, hier von rund 210 Männer und 250 Frauen, unter diesen 70 Männer und 150 Schwestern. — Der Polizist Peters in Krefeld nahm aus einer Höhle, in der er Waffen vermutete, einen Schuß Salzblitze. Er erlitt einen qualvollen Tod. — Bei Abdruksarbeiten am alten Röhr-Minden Bahnhof in Deutz starb Montag morgen eine Mauer ein und verschüttete mehrere Arbeiter. Die wurden schwer verletzt.

### Neueste Nachrichten.

**Essen (Ruhr), 5. April.** Auf den Rheinischen Antikratoren benötigen sieben Bergleute den Förderaufzug. Diejer stürzte ab und verletzte drei schwer.

**Hammser, 5. April.** Die Alkoholgegner verüben fortgesetzte Ausschreitungen gegen die Weinhandlungen. Als der Polizeihauptmann kam, rief die Menge: Wer ist ihr ins Meer! Es muß fließen.

**Tolio, 5. April.** Der englisch-japanische Handelsvertrag wurde unterschrieben und wird morgen veröffentlicht.

**Tolio, 4. April.** Die japanische Post hebt die politische Bedeutung des in Japan emittierten chinesischen 10 Millionen-Anteil an. Sie hervor und sieht darin den Beginn einer Annäherung zwischen China und Japan.

**Newport, 5. April.** Die hiesige Handelskammer und andere lokale Handelsorganisationen haben 30 Eisenbahntreppen verklagt, weil diese zum Radiall Newport verkehren.

**Buenos Aires, 5. April.** Der Präsident der Republik und die Minister der Marine und des Auswärtigen empfingen den Kommandanten des Panzerkreuzers "von der Tann" und verweilten längere Zeit in herzlichem Gespräch mit ihm.

### Briefstücken.

**R. S. III.** Ist monatliche Wettsagung vereinbart, so hat die Rundfunkanstalt bis zum 15. zu erfolgen. — Aus der Wohnung zwangswise entfernt werden dürfen Möbel nur unter Widerruf des Gerichts.

**R. Wallinghausen.** Ihr Sohn muß so lange die Schule besuchen, bis er nach dem Besuch des Schulinspektors die einem jeden vernünftigen Menschen seines Standes notwendigen Kenntnisse gelehrt hat. — So sagt das preußische Schulgesetz.

**Beratsschule.** H. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Rotationstaat von Paul Hug & Co. in Bant.

**Hierzu eine Beilage.**



# Oeffentl. Bürger-Versammlungen

am Donnerstag den 6. April, abends 8.30 Uhr

im Lokale des Herrn Fischer, Odeon, zu Bant

am Freitag den 7. April er., abends 8.30 Uhr

im Saale des Herrn Sadewasser, Tivoli, zu Heppens.

Lagesordnung: 1. Die kommenden Stadtratswahlen. 2. Diskussion.

Hierzu laden freundlichst ein

Die vereinigten Bürgervereine.

## Nordenham.

Deutscher Metallarb.-Verband  
(Güttale Nordenham.)

Donnerstag den 8. d. Mts.,  
abends 8½ Uhr:

Mitglieder - Versammlung

bei Joh. Rohners, Lindenhof.

Das Erscheinen sämtlicher Mit-  
glieder ist dringend erwünscht.

Der Vorstand.



## Noch nie

erreichte eine Tanzertruppe so  
stürmischen Applaus, wie die  
"8 Musen"

## Glazeroffs-Truppe

mit ihren Wiedertänzen.

Außerdem das reichhaltige

erfolssige

Spezialitätenprogramm

## Kaiser Wilhelm-Saal

Bismarck- u. Rieker Str. Ecke.  
Heute sowie jeden Sonntag  
und Donnerstag:

## Grosse öffentl. Tanzmusik

Es lädt freundlichst ein  
Friedrich Hector.



Täglich:

## Gastspiel des Holsatia-Ensembles

Direktion: Eng. Ley.  
Außer dem großen Variétéprogramm  
kommt heute zur Aufführung:

## Die Petroleum-Quelle.

Burleske.

## Der Tropf.

Voss. usw.

Metropol-Kino.

## Achtung! Arbeiter des Baugewerbes!

Am 1. April trat für alle Berufe eine  
**Lohnerhöhung von 2 Pf.**  
pro Stunde in Kraft. Wir ersuchen die Mitglieder  
der einzelnen Organisationen, Umgehungen des Ver-  
trages sofort in den Büros bekannt zu geben.

## Deutscher Bauarbeiter-Verband.

J. A.: Carl Brügmann.

Büro: Bant, Nüstringer Straße 6.

## Verband der Zimmerer. ::::

J. A.: G. Ohnen.

Büro: Bant, Nüstringer Straße 28.

## Tanz-Unterricht.

Mein diesjährige nur einmal stattfindender Kursus für  
die hier gebräuchlichsten Rundtänze (Polka, Rheinländer, Walzer,  
Two Steep) beginnt am **Freitag den 7. April**, abends  
8½ Uhr, im **Colosseum**. Anmeldungen erbitten. Honorar:  
Damen 8 M., Herren 12 M.

P. Schmuck, Tanzlehrer, Bant, Werftstr. 37.

## Burg Hohenzollern.

### Operetten-Gastspiel des Wilhelm-Theaters.

Mittwoch den 5. April, abends 8.15 Uhr.

Vorstellung zu kleinen Preisen:

Jeder unnummerierte Platz 50 Pf., Gallerie 30 Pf.

## Der Graf von Luxemburg.

Freitag den 7. April, abends 8.15 Uhr:

Allein Schauspielpreise (Logen, Vorletzt 1.50 M., Sparsitz 1 M.,  
Ballon u. 1. Platz 60 Pf., Gallerie 40 Pf.)

## Glaube und Heimat.

Vorverkauf an der Kasse des Burgtheaters.

## Lokal-Veränderung.

Am 1. April 1911 verlegte mein

Nähmaschinen- und Strickmaschinen-Spezialgeschäft  
von Mühlenstr. 5 nach Peterstr. 54, gegenüber der Oberrealschule.

**A. Zimmermann.**

## Gemeins. Ortskrankenkasse

der Maurer u. Steinbauer,  
Wilhelmshaven, Bant, Heppens  
und Neuenfelde.

Donnerstag den 13. April  
abends 8½ Uhr:

## General-Versammlung

im Lokale des Hrn. Hahleland  
Grenzstraße 38.

— Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Vorstandes.
2. Legung der Jahresrechnung  
und Abnahme derselben.
3. Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.  
Vorange.

## Verband d. Schiffszimmerer.

Die heute fällige Versamm-  
lung wird auf  
nächsten Mittwoch  
verlegt. Der Vorstand.

## W. O. K.

Die für heute Abend an-  
raumte Sitzung findet nicht statt.

## Todes-Anzeige.

Am Montag abend 10½  
Uhr starb nach kurzem schwerem  
Leiden meine liebe Frau, meiner  
Tochter liebste Mutter,  
Schwester, Schwägerin u. Tante  
Gesine Frenzel

geb. Arends  
in ihrem vollen 45. Lebens-  
jahr. Um stille Teilnahme  
bitte.

Shortens, den 4. April 1911.  
Oswald Frenzel u. Tochter.

Die Beerdigung findet am  
Samstag den 8. April, nach-  
mittags 3½ Uhr, vom Sterbe-  
haus aus statt.

## Todes-Anzeige.

Am 4. April starb nach langem  
Leiden unter lieber Freund

## P. F. Bettina

im Alter von 48 Jahren und  
2 Monaten. Dies zeigt tie-  
beküpflich an.

Familie Kaufholz.  
Beerdigung: Donnerstag  
nachm. 4½ Uhr vom städt.  
Krankenhaus aus.

## Soz. Wahlverein Shortens.



## Nachruf!

Am Montag abend verstarb

nach kurzem Leiden unsere

Genossin

## Gesine Frenzel

geb. Arends

Wir werden der Verstorbenen

stets ein ehrendes Andenken  
bewahren. Sie ruhe sanft!

Der Vorstand.



Beilage.  
25. Jahrg. Nr. 82.

# Norddeutsches Volksblatt

Donnerstag  
den 6. April 1911.

## Reichstag.

109. Sitzung. Dienstag, den 4. April, vormittags 10 Uhr.  
Um Bundesstaatlich; v. Herren.

Dritte Lesung des Gesetzes. (Zweiter Tag.)

**Die Beratung wird fortgesetzt unter Mitwirkung.**

Abg. Dr. Brünckmann (Spd.): Ich bitte um Verabsichtigung der Handelsfonds bei der Einberufung zu Reisebeziehungen während der Kriegszeit und bei der Bevölkerung von Centralraum.

Generalmajor Wendel (soz. demokratischer Generalrat): Ich beantragte die Erneuerung der Bevölkerung.

Abg. Siebenbürgen (L.): Wünschte die Belegung kleiner Städte, namentlich in Bounien, mit kleinen Garnisonen.

Kriegsminister v. Herren: Dieser Befehl habe ich stets sympathisch gegenüber gestanden; aber die Verhältnisse gestalten sehr oft nicht seine Erfüllung.

Abg. Kunert (Soz.):

In der zweiten Lesung habe ich das Bestreben von sächsischen militärischen Abteilungen, westlichen schmaren Händen, zur Sprache gebracht. Ich frage nun den sächsischen Bundesstaatsabgeordneten erneut in Bezug auf die beiden geschiedenen Deutschen bei den Intendanturen von Leipzig und Dresden: Ist deren Betrieb beendet, so eine kraft- und zielgerichtete Verfolgung des Militärverwaltungsmaterials vorgenommen oder eingerichtet worden ist, welche die Reichsstadt goldrichtig und den Rechnungsbericht jahrelang betrieben haben, indem sie wiederholte militärische Verhandlungen und Unterstellungen in großer Zahl vertrieben haben. Wenn eine Untersuchung nicht eingerichtet ist, so frage ich, aus welchem Grunde ist dies nicht geschehen?

In Bezug auf den Sandbunds konnte der sächsische Bevölkerungsminister keine Angaben machen und versprach, Nachschreibungen aufzusetzen zu lassen. Welches ist das Ergebnis dieser Nachschreibungen?

In Bezug auf den Pionierabteilungsfonds frage ich, welche Summe von Soldaten und Gefechtspartnern ging im Jahre 1892 von der Deutschen an die Hände des Wehrleistungsausschusses?

Zöglisch nicht ist noch die vierte Frage an den sächsischen Bevölkerungsminister: wer der Eigentümer der drei an den sächsischen Protektorat gehörenden Hauptstädten ist, des Kriegsbauhofs, des Offiziersfestschlosses und des Unterküffiger-Unterstandshofes?

Sächsischer Bundesstaatsabgeordneter Generalmajor v. Salzgitternau: In Bezug auf die erste Frage kann ich nicht sagen, inwieweit eine Untersuchung fortgefunden hat. Über den Sandbund ist in Dresden eine Untersuchung eingeleitet; sie hat ergeben, daß ein solches Nebenfonds tatsächlich existiert. Wie er entstanden ist, und ob es zu Recht oder zu Unrecht läuft, kann ich nicht mehr feststellen. (Hört hörst bei den Sozialdemokraten). Mehriges betrifft der Fonds nur einige 100 M.

Bei der zweiten Frage kann ich keine Auskunft geben; zur vierten bemühte ich, daß der Kriegsbeauftragte dem Reichsamt, der Offiziersfestschloss dem König, der Unterküffiger-Unterstandshof in einem sächsischen Staatsfonds.

Abg. v. Kamp (Spd.): Ich bitte um Zuwendung von Arbeiten, die sich in Geldbedarfsermittlung gemacht werden, an Handwerker, die ihrerart arbeiten, wären freilich den Sozialdemokraten nicht gelegen sei. (Hört hörst bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jäkel (Soz.):

Generalmajor Wendel hat in der zweiten Lesung bestritten, daß die Zivilbehörde in Preußen für das militärische Heer, das Reichsamt ausreichend Räumlichkeiten des Kriegsministeriums vorliegen. Weiters behauptete der General, daß wohl selbst verdächtigen können, wenn der Kriegsminister der Bevölkerungsmaterialien nachgegangen ist, die Belegschaften, denen gegenüber die Zivilbehörde nichts entgegensteht, die Brüderungszeit, Matrosen, Ballmutter usw. vergeben. Ich hoffe jetzt, daß bei allen den vom Generalmajor angeführten Fällen der Kriegsminister höher ist als der Militärmarschall.

Weiter führt ich Beobachtung, daß in Berlin trotz des Verbotes Militärmarsch in Richtung Bogenstrasse. Im Bereich wird ein einheitlicher Marsch unter Beteiligung der Reichsarmee alle drei Jahre vereinbart. Dasselbe muß doch auch in Berlin möglich sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Abg. Rosse (Soz.):

Herr v. Kamp hat sich wiederholter beklagt, daß der Reichsamt für viele kleinliche Dingen beauftragt und die Verhandlungen dadurch aufzuheben, und gerade er ist rechtlich dazu veranlaßt, um mehrständigen Ausführungen wie ich nicht angemessen betrachtet. Ich sehe er mit seinen Angriffen gegen die Sozialdemokraten am ehesten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wie münnisch nicht die Beleidigung der Bevölkerungsminister und die Beleidigung der betreffenden Arbeiter an Handwerksbehörde. Die Zivilbehörde einer erheblichen Verlustlichkeit bedeuten. Schätzterichtig für die Handwerkerfreundlichkeit der Herren reicht ist auch die Ausdehnung der Bevölkerungsminister. Dies ist zwar billig, aber auch schlecht, und auch den Bevölkerungsarbeiter sind die Beleidigungen weit überlegen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Abg. Albrecht (Soz.):

Herr v. Kamp sollte die Deutlichkeit des Kriegsministeriums fordern, in der nachgewiesen ist, daß v. d. Schulzweig für die Soldaten am besten in den Bevölkerungsminister delegiert wird, nicht in den Handwerker. Den Herren von der Rechten ist es mit ihren Handwerkern nur darum zu tun, Handwerkerfang zu treiben. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Generalmajor Wendel: Auch nach den Ausführungen des Abgeordneten und Berlin nichts zu ändern.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdiskussion bemerkt:

Abg. Kunert (Soz.):

Durch die Anträge des sächsischen Bundesstaatsabgeordneten bin ich nicht beeindruckt. Über die Ausführungen konnte eine klare Antwort nicht geben, da sind zweifellos schwache Fonds. Ich hätte unbedingt wegen der entstandenen Defizite eine Strafverfolgung einsetzen müssen. Am weitesten betrifft das mich seine Anfrage über den Sandbund, dessen Existenz er zugestand. Nur meine er, der Fonds sei ja sehr klein. Das erinnert an die Jungfer, die ein Kind bekommen hat, und zur Entschuldigung antwortet, es sei ja nur ein ganz kleines. Ob klein, ob groß, die Existenz des Fonds ist ungerechtfertigt. In Bezug auf die vierte Frage antwortete er, daß der Kriegsbeauftragte ein Reichsfonds sei. Ein Reichsfonds, der in Sachsen vermaßt wird. Das ist ja recht interessant. Auch der Fonds, den er als sächsischen Staatsfonds bezeichnet hat, ist ungerechtfertigt.

Vizepräsident Dr. Spann: Ich bitte über sächsische Fonds hier nicht zu sprechen.

Abg. Kunert (fortlaufend):

Es kostet mich nur um rein sächsische Dinge, es liegt hier ein Titel vor, der die Aussicht eröffnet werden müßte.

Generalmajor Wendel (soz. demokratischer Generalrat): Ein sächsischer Bundesstaatsabgeordneter Generalrat v. Salzgitternau: Ich weise die schwere Aufzählung der Körperschaften ungern zurück. (Hört hörst rechts) Beim Deutschen fonds war

nie ein Defekt vorhanden, der Rechnungshof hat lediglich die Art des Betriebes moniert.

Abg. Kunert (Soz.):

Die Behauptung, daß beim Deutschen keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, mag subjektiv wahr sein, objektiv ist sie ganz falsch. Es haben beim Deutschen geradezu zufällige Zuländer geherrscht; es handelt sich keineswegs bloß um falsche Handhabung, sondern

um Betrug und beachtliche Fälschung.

Nur durch eine gründliche Revision kann Klarheit geschaffen werden. (Redebeitrag Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Abg. Lebere (Soz.):

Beim zweiten Bataillon Großherzogtum Sachsen-Weimar hat der Kommandanturzentralrat zwei verschiedene Unregelmäßigkeiten aufdecken können lassen. Der Name hat den Soldaten befreit, so dass eine Revision noch selbst keine Mühe gebracht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

Abg. Lebere (Soz.):

Beim zweiten Bataillon Großherzogtum Sachsen-Weimar hat der Kommandanturzentralrat zwei verschiedene Unregelmäßigkeiten aufdecken können lassen. Der Name hat den Soldaten befreit, so dass eine Revision noch selbst keine Mühe gebracht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

Abg. Lebere (Soz.):

Um Betrug und beachtliche Fälschung. Nur durch eine gründliche Revision kann Klarheit geschaffen werden. (Redebeitrag Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Abg. Lebere (Soz.):

Um Betrug und beachtliche Fälschung. Nur durch eine gründliche Revision kann Klarheit geschaffen werden. (Redebeitrag Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Abg. Rosse (Soz.):

Ich halte es für einen argen Mistkondit, wenn Mitglieder des Hauses bei Angelegenheiten, an denen sie selbst interessiert sind, die Bevölkerung von Reichsmitteln verlangen, von denen sie selbst persönliche Vorteile haben. Wenn der Vorredner in diesem Falle erklärt, er habe keine persönlichen Vorteile davon, so will ich es ihm glauben. Wir wissen aber alle, daß die Herren Agostini im Schrein unermüdet und im Rahmen unersättlich sind. (Vorfall links)

Abg. Rosse (Soz.):

Ich halte es für einen argen Mistkondit, wenn Mitglieder des Hauses bei Angelegenheiten, an denen sie selbst interessiert sind, die Bevölkerung von Reichsmitteln verlangen, von denen sie selbst persönliche Vorteile haben. Wenn der Vorredner in diesem Falle erklärt, er habe keine persönlichen Vorteile davon, so will ich es ihm glauben. Wir wissen aber alle, daß die Herren Agostini im Schrein unermüdet und im Rahmen unersättlich sind. (Vorfall links)

Abg. Rosse (Soz.):

Die Marine-Rundschau wird im Reichsministerium des Reichsmarineamtes redigiert, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieser Blatt berichtet nur über die Beratung des Reichsministers in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dan und Auseinandersetzung übertragen, und von den Abgeordneten der Opposition wird gefragt, daß sie unfruchtbare und entzündende Rördelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmittel bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten spricht, von denen sie nichts versteht.

Der Militärrat wird bewilligt, es folgt die Beratung des Reichsrates.

Abg. Steuering (Soz.):

Die Marine-Rundschau wird im Reichsministerium des Reichsmarineamtes redigiert, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieser Blatt berichtet nur über die Beratung des Reichsministers in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dan und Auseinandersetzung übertragen, und von den Abgeordneten der Opposition wird gefragt, daß sie unfruchtbare und entzündende Rördelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmittel bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen sofort protestiert werden. (Vorfall links) Außerdem dieses Mausels würde ich den Reichsdeputierten der Marine-Rundschau einen unverantwortlichen Beton nennen. (Vorfall links)

Abg. Rosse (Soz.):

Die Sozialdemokratie ist im Reichsministerium des Reichsmarineamtes verhaftet, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieser Blatt berichtet nur über die Beratung des Reichsministers in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dan und Auseinandersetzung übertragen, und von den Abgeordneten der Opposition wird gefragt, daß sie unfruchtbare und entzündende Rördelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmittel bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen sofort protestiert werden. (Vorfall links)

Abg. Rosse (Soz.):

Die Sozialdemokratie ist im Reichsministerium des Reichsmarineamtes verhaftet, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieser Blatt berichtet nur über die Beratung des Reichsministers in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dan und Auseinandersetzung übertragen, und von den Abgeordneten der Opposition wird gefragt, daß sie unfruchtbare und entzündende Rördelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmittel bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen sofort protestiert werden. (Vorfall links)

Abg. Rosse (Soz.):

Die Sozialdemokratie ist im Reichsministerium des Reichsmarineamtes verhaftet, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieser Blatt berichtet nur über die Beratung des Reichsministers in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dan und Auseinandersetzung übertragen, und von den Abgeordneten der Opposition wird gefragt, daß sie unfruchtbare und entzündende Rördelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmittel bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen sofort protestiert werden. (Vorfall links)

Abg. Rosse (Soz.):

Die Sozialdemokratie ist im Reichsministerium des Reichsmarineamtes verhaftet, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieser Blatt berichtet nur über die Beratung des Reichsministers in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dan und Auseinandersetzung übertragen, und von den Abgeordneten der Opposition wird gefragt, daß sie unfruchtbare und entzündende Rördelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmittel bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen sofort protestiert werden. (Vorfall links)

Abg. Rosse (Soz.):

Die Sozialdemokratie ist im Reichsministerium des Reichsmarineamtes verhaftet, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieser Blatt berichtet nur über die Beratung des Reichsministers in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dan und Auseinandersetzung übertragen, und von den Abgeordneten der Opposition wird gefragt, daß sie unfruchtbare und entzündende Rördelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmittel bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen sofort protestiert werden. (Vorfall links)

Abg. Rosse (Soz.):

Die Sozialdemokratie ist im Reichsministerium des Reichsmarineamtes verhaftet, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieser Blatt berichtet nur über die Beratung des Reichsministers in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dan und Auseinandersetzung übertragen, und von den Abgeordneten der Opposition wird gefragt, daß sie unfruchtbare und entzündende Rördelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmittel bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen sofort protestiert werden. (Vorfall links)

Abg. Rosse (Soz.):

Die Sozialdemokratie ist im Reichsministerium des Reichsmarineamtes verhaftet, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieser Blatt berichtet nur über die Beratung des Reichsministers in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dan und Auseinandersetzung übertragen, und von den Abgeordneten der Opposition wird gefragt, daß sie unfruchtbare und entzündende Rördelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmittel bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen sofort protestiert werden. (Vorfall links)

Abg. Rosse (Soz.):

Die Sozialdemokratie ist im Reichsministerium des Reichsmarineamtes verhaftet, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieser Blatt berichtet nur über die Beratung des Reichsministers in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dan und Auseinandersetzung übertragen, und von den Abgeordneten der Opposition wird gefragt, daß sie unfruchtbare und entzündende Rördelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmittel bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen sofort protestiert werden. (Vorfall links)

Abg. Rosse (Soz.):

Die Sozialdemokratie ist im Reichsministerium des Reichsmarineamtes verhaftet, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieser Blatt berichtet nur über die Beratung des Reichsministers in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dan und Auseinandersetzung übertragen, und von den Abgeordneten der Opposition wird gefragt, daß sie unfruchtbare und entzündende Rördelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmittel bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen sofort protestiert werden. (Vorfall links)

Abg. Rosse (Soz.):

Die Sozialdemokratie ist im Reichsministerium des Reichsmarineamtes verhaftet, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieser Blatt berichtet nur über die Beratung des Reichsministers in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dan und Auseinandersetzung übertragen, und von den Abgeordneten der Opposition wird gefragt, daß sie unfruchtbare und entzündende Rördelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmittel bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen sofort protestiert werden. (Vorfall links)

Vizepräsident Schulz: Ich bitte Sie, sich zu mäßigen. (Vorfall rechts) Reden bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rosse (fortlaufend): Wir werden gegen den Ausschluß der Sozialdemokraten von den Besuchern auf den Werken so lange protestieren, bis der Staatssekretär dieses völlig unehrenhafte Verfahren unterläßt. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Ich bitte Sie, sich noch mehr zu mäßigen. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Rosse (Soz.): Dann will ich sagen: ungemeinens Benehmen. (Heiterkeit.)

Dem Zentrum wird der Vorwurf nicht erwart bleiben, daß es sich dazu hergibt, den armen Teufeln von Heigern die paar Lumpen wegzunehmen. (Sehr laut! links — Lärm im Zentrum.)

Die Marine-Rundschau sucht in geodetischer Weise die öffentliche Meinung zu äußern.

Oppositionsredner Schulz: Sie dürfen nicht solche Vorwürfe erheben. (Schallende Zustimmung links)

Wie können diese Ausführungen vom Reichstag ausgestrahlt werden, wenn die Marine-Rundschau nicht mehr besteht? (Vorfall links)

Vizepräsident Schulz: Herr Scheidemann, es ist ungehörig, daß Sie einen Reichslandschaft als Standort bezeichnen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Es ist nicht wahr, daß die Sozialdemokraten den Reichslandschaft nicht zugelassen werden. (Sehr rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Staatssekretär v. Tirpitz: Wir wollen die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Abg. Dr. Struve (Spd.): Wenn kann die Heizeraugen sehr wohl in Sachen der Reichslandschaft bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit, und jeder hat die Rechte dazu. (Vorfall rechts)

Reichen Mund zu halten, als ich mich nach den Urteilen erkundigte. In der Bevölkerung herrschte nicht nur eine Meinungsverschiedenheit, daß die amtlich angeordnete Urtat nicht richtig sei, daß das Unglück vielleicht auf die Unfehlbarkeit der Rechtsbehörde zurückzuführen sei. Es ist doch anzunehmen, wenn die Beamten durch ihre Unfähigkeit auf dieser schändlichen Straße noch so viele Unglücksfälle verhindern haben. Nur auf einen reinen Zufall ist es zurückzuführen, wenn das Unglück nicht einen weit größeren Umfang angenommen hat. An der gleichen Stelle ist neuerdings schon wieder ein Unfallstall passiert, die Behörde sollte doch einmal ernstlich untersuchen, wie weit die Unfehlbarkeit der Straße die Ursache solcher Unglücksfälle bildet. Die Rechtsbehörde darf des Fabrikgelände berücksichtigen, wenn man die Wünsche des Fabrikgeländes berücksichtigen und vor allem die Dienstzeit verkürzen würde. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Angelegenheit des Dienstverhältnisses zur Verbilligung empfehlen.

Der Rat im praktischen Dienst stehenden Beamten erläutern in der Sitzung, daß die Regelung der Dienstzeit und die Vermeidung des Überarbeitszeitraums auf die Betriebsicherheit von großem Einfluß ist. Ich möchte die Eingabe dieser Beamten den Reichstag und der Regierung empfehlen und möchte weiter die Beratung erneut endlich einmal die Beihilfeamt am Dienstag vorstellen und zu bestimmen, damit der Schwerpunkt seiner kritisch-würdigen Aufsicht als Unglücksquelle verhindert wird.

Präsident des Reichsobmanns Wermuth erwidert, daß vom Vorredner erneut eine Klappe bei tatsächlich daraus resultierenden Folgen.

Der Rat wird bewilligt.

Es folgt der Rat der Reichskanzlei.

Abg. Dr. Meinecke (Bonn): Nachdem bisher von Jahr zu Jahr die Mittel für die Vergütung der Reichskanzlei erheblich gesteigert werden müssen, ist jetzt durch die Reichskanzlerreform ein Anstieg zum Abschluß gekommen. Es werden nur noch 60 Millionen mehr benötigt. Hoffentlich wird im nächsten Jahre eine Anleihe überhaupt nicht nötig.

Schönterle Wermuth: Eine Leistung unserer Finanzen ist tatsächlich eingetreten und wir beabsichtigen nicht, eine Anleihe in diesem Jahre auszuführen.

Der Rat wird bewilligt.

Der allgemeine Rentenfonds wird debattierlos bewilligt.

Beim Rat der Reichspostverwaltung befürwortet Abg. Giesberts (Sonth.) einen Antrag, daß die nichtstatamäßigen Unterbeamten sowie die zum Aufstand in Unterbeamtenstellungen bestimmten Arbeiter und Handwerker der Post und Telegraphenverwaltung mindestens noch zehnjähriger Dienstzeit statmäßig angestellt werden.

Abg. Hengsbach (Sos.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postalischen Verhältnisse sind noch immer recht düster geblieben. Man sollte in Hamborn ein Zentralpostamt errichten. Auch die Telefonverbindungen sind nicht auf der Höhe. Die Telefonzentrale soll nach Hamm verlegt werden; das liegt lediglich im Interesse der Henna Tjissen, aber nicht im Interesse der gelungenen alten Hochstammfest von Hamborn. Einem Drittel einer solchen, geradezu amerikanischen Entwicklung sollte doch mehr Verbilligung gewährt werden.

Abg. Hermann (Bn.) beschwert sich über die Entlastungen von Telephonbeamten in Halle, Schmiede und Braunschweig.

Staatssekretär Krause: Die Entlastungen sind auswechselnd untergetragen worden. In einem Orte, wie Hamborn, deren Entwicklung der Abg. Hengsbach mit Recht als amerikanisch bezeichnet hat, treten naturgemäß Schwierigkeiten ein, weil die Postverwaltung in der Übergangszeit nicht alle breitwinklige Wünsche erfüllen kann. Ich will die Verhältnisse aber nochmals prüfen lassen, und es soll gesehen werden, was irgend möglich ist. Die Resolution Giesberts bitte ich abzulehnen, die sie unbeschreibbar ist.

Abg. Drößner (König) begründet einen von den Konservativen und Nationalsozialisten geführten Antrag, fünf in der Kommission gesetzliche Oberpolitische und zwei Oberpostministerien wieder einzuführen.

Abg. Lehr. v. Kampf: Die Streitfrage ist von der Kommission nach reiflicher Erwägung vorgenommen und vom Reichstag bestätigt worden. Da ist es doch ein merkwürdiges Motivum an uns, in der dritten Sitzung wieder umzufallen. (Sehe richtig!)

Staatssekretär Krause weißt ihn gegen die Ausführungen des Abg. Jäbel bei der zweiten Sitzung und bestreitet, daß die Mannheimer Post sich in den Dienst der Polizeibehörde gestellt und den Briefschlüsseln verletzt habe.

Abg. Eichhorn (Sos.) betont gegenüber den Abgeordneten, die der Staatssekretär in der zweiten Sitzung zum Feste des Landesträters Doroth gestoßen hat, daß neuerdings eine Fülle Beweise für die Schändung dieses Mannes beigebracht seien. Insbesondere der Mannheimer in Telegrammamt zu Frankfurt a. M., die ich in der zweiten Sitzung vor Sprache gebracht, ist von dem Postdirektor Schreiber in Frankfurt a. M. eine Entlastungserklärung der Beamten gegen mich verantworzt worden. (Hört, hört! b. d. Sos.) Die Wirkstände aber sind geblieben. Was von diesem Verfahren zu halten ist, kann jeder sich selbst sagen. (Abg. Jäbel. b. d. Sos.)

Staatssekretär Krause: Die Sozialdemokraten müssen ihre Grundideen nennen (Surat b. d. Sos.) damit sie genoziergt werden, sonst kann die Berichtigung nicht tun.

Abg. Jäbel (Sos.): Ich bin nicht in der Lage, meine Ausführungen an der zweiten Sitzung irgendwie einzugehen.

Damit schließt die Debatte.

## Monopol.

Sozialer Roman aus dem russischen Volksebenen Karl Ruhls (38. Fortsetzung.) — (Nachdruck verboten.)

"Natasha," füllte er — er redete sie diesmal mit dem zutreffenden, abgesetzten Rufnamen an — "Sie haben sich zu sehr erfreut, sind zu erregt. Von Doktor Sotsolowsky, den ich für meinen besten Freund hielte, hätte ich nie gedacht, daß er Ihnen so wehe tun würde."

"Ich habe ja seinen Befehl nicht ausgeführt, nicht gebrüten," entgegnete Natasha ausreichend. Sie dachte darüber an den Kuss, und hätte vor Scham in den Boden versinken mögen — und doch tat ihr jetzt Duchow Gegenwart wohl, weil sie aus seiner Stimme keine Spur von Geringachtung oder Verachtung herauszuhören vermochte.

"Kommen Sie zurück ins Haus," madte er freudig. "Sie sind ja an den ganzen Gesichtern unschuldig. Doktor Sotsolowsky soll sich solche dummen Scherze zum zweitenmal mit Ihnen nicht erlauben. Einen — zwei Tage müssen Sie schon noch bei Radescha Jatowlewna bleiben. Dann bringe ich Sie zu meiner Mutter."

"Aber mein Gott, wie konnte ich nur, wie konnte ich nur? . . ." füllte sie.

Jetzt erschien auch Radescha Jatowlewna.

"Kommen Sie ins Haus, Täubchen," logte sie zärtlich. "Mein Mann bereut jetzt außerordentlich, daß er Sie durch seinen hypnotischen Verlust so furchtbar erregt hat. Sie müssen sich beruhigen, sonst können Sie noch ernstlich krank werden."

"Ich kann das Zimmer nicht mehr sehen, wo die Flasche steht," schwätzte sie. "Und in der Nähe des Doktors würde ich mich zu Tode fürchten."

"Sie können im Zimmer der Wärterin schlafen oder im Mädchensimmer," entgegnete die Dame. "Vor meinem Manne brauchen Sie sich aber nicht zu fürchten. Er wird

der Poststet wird bewilligt gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, auch die Ostmauerlager, für die aus Berlern auch die Polen kommen, was mit großer Heiterkeit aufgenommen wird. Es folgt der Rat der Stadt und Verbraucherfreuen.

Schönterle Wermuth: Bei der zweiten Sitzung hat der Abg. Gauvin gefragt, ob der Bund der Landwirte für die der Verkaufsstelle überwiesenem Bravostromgelder eine Schenkungssteuer bezahlt, und ob diese Überweisungen als Schenkung anzusehen sind. Wenn der Bund eine Gegenleistung gewohnt, ist es keine Schenkung, andernfalls ist es eine Schenkung. (Schallende Heiterkeit!) Heute die Verdanknisse eines Zenitlers darf ich keine Auskunft geben. (Klante Heiterkeit.)

Abg. Doe (Pt.): Wenn Herr Wermuth nicht mehr im Amt sein sollte, und ich nach einer anderen Besoldigung umsehen kann, dann soll das nicht in der Jurisdiktion uns, sondern lieber in der Diplomatie. (Große Heiterkeit.)

Der Rat wird bewilligt.

Das Statistegesetz wird angenommen und darauf in der Gesamtabstimmung. Der Rat gegen die Stimmen der Sozialdemokratie.

Abg. Dr. Altmann (Bonn): Die Sitzung am 2. Mai um 2 Uhr. (Einführungssitzung zur Reichsverfassungsordnung und Entwurf zur Aufhebung des Höflichkeitsgesetzes.)

Mit dem Wunsch, sich in den Freien gut zu erhalten, höflich Präsidient Graf Schwein die Sitzung um 10 Uhr.

## Berichtigung.

Infolge eines Schreibfehlers ist gestern in der Rede des Abg. Hengsbach (Sos.) eine Zahl falsch wiedergegeben. Der Abg. Hengsbach lädt aus, daß gemäß den im Dienstbedienstetenabkommen ab 1909 aus dem Regierungsbüro Düsseldorf gemachten Überlebenden bei einer jährlich stattfindenden Schule weit über 1000 Arbeitslose und 1500 Arbeitssuchende hätten Arbeit finden können.

## Gesetzliche Sitzung des Wilhelmshavener Bürgervorsteher-Hollegiums.

Wilhelmshaven, 4. April.

Die Protokolle über die ordentliche monatliche Revision der Kämmerer- und der Präfekte wurden zur Kenntnis genommen.

In den Schulvorstand der Mädchenmittelschule wurden sowohl die Bürgermeisterin Meinecke und Meyer und von der Bürgermeisterin Oberschulträgerin Koch gewählt. Das Regierung hat die Gewählten zu bestätigen. — Der Magistrat wird außerdem zwei Mitglieder wählen.

Wahl von sechs Mitgliedern, die die Wahl von drei Senatoren vorschreiben haben. Es wurden in diese Kommission gewählt das Bureau des Kollegiums, bestehend aus den Herren Bädecker, Jochen, Hümme und Talenberg, ferner die Bürgermeisterin Hohen und Hanenga.

Zuschlag für das Agitationsfest des Guttemplerordens, das vom 1. bis 3. Juli hier stattfinden soll. Bauträger und vom Magistrat befürwortet wurde ein Zuschlag von 150 M. — B. V. Thaden und Hümme sprachen sich gegen die Bewilligung dieser Summe aus, da die Feierlichkeit mehr privaten Charakter trage, sowie zu Konsequenzen führe und da auch eine Wilhelmshavener Gütemerklopferei empfiehlt, das Kollegium möge den Zuschlag nicht bewilligen. — Stadtbaurat Täger sprach sich sehr warm für den Zuschlag aus, da das Fest bestimmt sei, für die Altstadtbelebung Propaganda zu machen. — Auch B. V. Meinecke sprach sich für den Zuschlag aus, da das Arrangement einen kulturellen Zweck diene und da ein eindrucksvolles Fest mit erheblichem Zugang von Auswärts zu erwarten sei. — Nach weiterer Debatte für und gegen den Zuschlag wurde der Antrag des Magistrats gegen drei Stimmen angenommen. Die Bürgertafelsteuer soll erlassen werden.

Durchlegung der Kurzen Straße bis zum Kanal. Der Magistrat macht folgende Vorschläge: Entweder schräge Durchlegung der Straße, wie früher vorgeschlagen, durch städtisches Gelände auf Kosten der Stadt, oder gerade Durchlegung der Straße durch Wittbergs Gelände auf Kosten der Anlieger. Nach längerer Debatte sprach sich das Kollegium für letzteren Vorschlag aus.

Das Protokoll über die leichte Schlachthofausstattung wurde zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Die Pläne über den An- und Umbau der höheren Mädchenmittelschule sind vom Bauamt ausgearbeitet

Ihnen nichts zu Leide tun. Ich werde Ihnen alles erklären, und Sie werden sehen, daß es gar nicht so schlimm ist, wie Sie sich vorstellen. — Kommen Sie!"

Bei den letzten Worten hatte sie Natasha unter den linken Arm gefügt, während Duchow an die andere Seite trat, um sie zu führen. Und da sie sich schwach und widerstandsunfähig fühlte, so folgte sie willig ins Haus. Doktor Sotsolowsky hatte unterdessen ein Beruhigungsmittel präpariert und trat den Eintretenden entgegen. Raum wurde aber Natasha seiner anständig, als ein heitiges Zittern ihres Körpers durchleilte. Wie Hilfe lachend lärmte sie sich eng an Duchow, welcher ihre Aufregung sofort bemerkte, den Doktor bat, ihm die Tropfen zu reichen, und ihm zusätzliche, doch seine Anwesenheit das Mädchen zu sehr erregte, worauf jener sinnlich mit der Miene eines armen Sünder sich entfernte.

Die Tropfen taten Natasha wohl, obgleich ihr Körper von Zeit zu Zeit von unkontrollierbaren Zuckungen ergriffen wurde.

Und während Radescha Jatowlewna sie in das Zimmer der Kinderärztin brachte und dafür Sorge trug, daß sie so schnell als möglich gebettet wurde, begab sich Duchow mit sinnerer Miene in das Cabinet des Arztes.

Dort sahen die Männer eine Weile schwiegend einander gegenüber. Es war eine bedenkliche Gewitterstimmung. Doktor Sotsolowsky suchte sein Schulbewußtsein hinter der Maske trocken Selbstbewußtseins zu verbergen. Dadurch fühlte Duchow sich doppelt gerügt. Und da der Arzt beharrlich schwieg, sich sogar gewöhnlich eine Zigarette anzustecken, so machte Duchow seinem Unmut schließlich mit den Worten Luft:

"Ich hatte bisher geglaubt, daß die vornehmste Aufgabe eines Arztes darin besteht, die Kranken zu heilen, die Schwestern nach Möglichkeit gelind zu erhalten. Sie scheinen es darauf angelegt zu haben, das Mädchen, welches ich ganz

würden. Sie haben die Zustimmung der Baukommission gefunden. Der Kostenantrag beläuft sich auf 180 000 M. B. V. Talenberg empfahl, einen Neubau an anderer Stelle aufzuführen und in das jetzige Gebäude der höheren Mädchenmittelschule die Volksschule an der Wallstraße zu verlegen, dafür dieses Volksschulgebäude zu verkaufen, da es nicht mehr den übrigen Gebäuden in dieser Gegend angepaßt ist. — B. V. Meinecke empfahl den geplanten Umbau, der alles bringt, was für die höhere Mädchenmittelschule nötig ist, und der nicht entfernt so teuer wird, wie ein Neubau. — Bauer Jopff erläuterte das Projekt. Es seien im ganzen 31 Schulräume vorgesehen, in welchen bis zu 600 Schülerinnen Platz haben. — B. V. H. Pöhl sprach ebenfalls den Ausbau, wie geplant. Das Volksschulgrundstück an der Wallstraße könnte immer noch gut verwandt werden, z. B. zu einem Rathaus, das doch auch einmal ins Zentrum der Stadt verlegt werden müsse. (Bürgermeister ruft: Museum!) Ein neues Schulgebäude würde heute nicht unter 400 000 M. zu haben sein. — B. V. Thaden empfahl Beratung der Saale. — Der Bürgermeister bestätigte den geplanten Umbau aus praktischen und finanziellen Gründen. — B. V. Hümme sprach ebenfalls für den vorliegenden Plan, da man hierdurch vor allem rasch zum gewünschten Ziel komme. Die Wohnung aller mit dem Schulgebäude verbundenen Fragen sei durch das vorgelegte Projekt sehr glücklich gelungen! Das jetzige Schulgebäude sei für die Volksschule aber ungeeignet. B. V. Talenberg bestätigte nochmals den Neubau eines Schulgebäudes für die höhere Mädchenmittelschule. Er könne bereits einen geeigneten Platz nachweisen, so daß der Bau nicht später als nächstjährlich nicht über 400 000 M. kosten werde. Die Wallstraße-Mädchenmittelschule müsse endlich einmal vom jetzigen Platz verschwinden. — B. V. Bauer meinte, die Wallstraße-Mädchenmittelschule werde noch sehr genau ohne weiteres verwinden; denn immer mehr werden diejenigen Einwohner aus der Stadt gedrängt, die Kinder in die Volksschule schicken, um Platz den Beamten zu schaffen, deren Kinder nicht die Volksschule besuchen. — B. V. Hayen empfahl Beibehaltung des Umbaus, um das Gebäude östlich 1912 fertig zu können. — B. V. Meyer sprach ebenfalls für Beratung, da er und Herr Talenberg ein anderes Projekt im Auge haben, das sie in vertraulicher Sitzung vorlegen möchten. — B. V. Hümme bemängelte, daß Herr Talenberg nicht schon früher mit seinem Plan herausgerückt sei. — B. V. H. Pöhl: Die Baukommission kennt das Projekt Talenberg's; die Kommission hat sich jedoch nicht für dieses erwärmt können. — Ein Beratungsantrag wurde hierauf gegen drei Stimmen abgelehnt und die Magistratsvorlage gegen drei Stimmen angenommen.

Strafenanzeige gegen die. Bei der Gesetzesberatung ist angerichtet worden, die Granitsteinplastierung mehr zu berücksichtigen. Es sollen nun mit Granitsteinen gepflastert werden: die Parkstraße, die Mühlenstraße (jetzt Prinz Heinrichstraße), die Ostfeldstraße zwischen Wallstraße und Landesgrenze und die Marktstraße zwischen Wallstraße und Oberstraße. Die Kosten, auf 62 000 M. geschätzt, sollen auf die Inhaberpapieranleihe genommen und mit 2½ Prozent amortisiert werden. — Das Kollegium stimmte der Vorlage zu.

Personalausgaben. Zugestimmt wurde, daß der Armenhaushalt und der Stadtgärtner in Beamtensetzung erhoben werden. Erster wurde zur Kenntnis genommen, daß der Stadtsekretär Klein als Nachfolger des Stadtsekretärs Dörrer definitiv angestellt ist.

Die Baugenossenschaft Wilhelmshaven erfuhr um die Genehmigung, doch neben den drei Elektrizität-Doppelzählnern für die gesamte Genossenschaft auch noch Unterzähler für jede Wohnung angebracht werden können, um die Bezahlung des elektrischen Stromes nach dem Verbrauch auf die einzelnen Wohnungen gerecht verteilt zu können. Dadurch werde gleichzeitig erreicht, daß die noch nicht angeschlossenen Wohnungen auch noch mit Licht versorgt werden. Der Stadt würde hierdurch ein vermehrter Konsum von elektrischem Strom durch 766 Bewohnerstellen garantiert. — B. V. Hayen und Talenberg sind nicht für Durchbrechung des festgelegten Prinzips und für eine Bewozierung der Genossenschaften. — Der Bürgermeister

besonders Ihrem Schutz anvertraut und empfohlen hatte, in ein nie wieder gut zu mähenden Feld zurückzutreten." "Ich war, Kindergarten!" rief Leonid Franzewitsch wegwerfend aus. "Für so schlecht müssen Sie mich denn doch nicht halten. Die ganze Geschichte hat nur deshalb eine so unangenehme Wendung genommen, weil mir mein Experiment in gewissem Sinne missglückt ist. Ich will Ihnen den ganzen Bergang nur alle dabei in Bericht kommenden Fragen genau erklären, dann werden Sie entscheiden die Überzeugung gewinnen, daß mich nur die Wirkung leitete, der Erfolg des hypnotischen Prinzips die Nachahmung die Probe aufs Exempel zu stellen. Bei normalem Verlauf hätte schließlich niemand — auch nicht einmal Natasha — es sogar notwendig, ihr den ganzen Vorgang mit vollerclarheit ins Gedächtnis zurückzurufen, damit sie sich nicht durch falsche Vorstellungen unmöglich quält."

Und nun grüßte er Duchow unumwunden von der Verantwortung des Experiments; verschwieg ihm auch nicht, daß Natasha ihn im Traum gehabt hatte. Er schloß seine Auseinandersetzungen mit den Worten: "Es ist, wie gesagt, nur notwendig, dem Mädchen alles begreiflich zu machen. Ich werde, sobald Sie sich vollständig beruhigt haben wird, meinen Einfluß als Hypnotiseur Ihr gegenüber zur Seltung bringen." Und wenn Ihnen das nicht gelingt?" fragte Duchow scherhaft.

"Wie kommen Sie zu einer solchen Annahme?"

"Natasha erklärte ausdrücklich, daß Ihre Gegenwart ihr durch einfühlt. Es wäre ihr auch gar nicht zu verdenken, wenn sie sich gegen Ihre weiteren hypnotischen Einflüsse aufs energischste wehren würde. Ihre Erfahrungen sind seltsam genug."

Die Antwort, welche Doktor Sotsolowsky Duchow geben wollte, wurde durch Radescha Jatowlewnas Co-





**Trost & Wehlau**  
Schuhmachermeister  
Bant, Wilhelmstr. Straße 70  
Fernsprecher 267  
Wilhelmstr. Blumenstraße, 95  
Fernsprecher 352  
halten sich bei Bedarf in Schuhwaren bestens empfohlen.

### Gemeinde Osterburg.

Das nach der Verfüllung des Großherzoglichen Oberstollmeisters vom 28. Februar d. J. abgedankte Statut betr. die Errichtung einer Hilfsschule für schwachbegabte Kinder der Gemeinde Osterburg liegt vom 4. d. Mts. an auf 14 Tage zur Einsicht der Beteiligten im Hause des Unterzeichneten öffentlich aus. Einige Einwendungen gegen das Statut sind innerhalb gleicher Zeit bei dem Unterzeichneten einzubringen.

Der Gemeindevorsteher.  
Dähmann.

### Große Auktion von Schulbänken usw.

Am Dienstag den 11. April d. J. gelangen auf dem Grundstück Böhnenstraße 68 in Bant eine große Anzahl

Schulbänke,  
Wandtafeln,  
Schulmöbel,  
Turngeräte,  
stufenweise ansteigende  
Bänke,  
eine complete Dampf-  
heizungsanlage  
(System Röhring)  
öffentl. meistbietend gegen Bar-  
zahlung zur Versteigerung.

**Rechnungsl. Reents**  
Heppens, Böhnenstraße 7.  
— Telefon 632.

### Verpachtung.

Horten. Th. Janzen beauftragt, die von Rohtens erworbene

### Beführung

zu Mai 1911 zu verpachten. Aus-  
kunft durch

H. Ahlhorn, Auftr.  
Betel.

### Zu vermieten

eine dreizäumige Parteewohnung,  
passend für alleinstehende Person.  
Wenn kleine häusliche Arbeiten mit  
übernommen werden, wird freie  
Wohnung gewährt.

W. Sommer, Heppens  
Friederikenstraße 12.

**Gesucht auf sofort**  
ein selbständiger Zimmer-Geselle.  
Joh. Herm. Barms  
Wongerooge.

**Gesucht**  
**Malerlehrling.**  
Reents, Bant, Goethestr. 3.

**Trost & Wehlau**  
Schuhmachermeister  
führen Schuhwaren von den  
einfachsten bis zu den elegantesten  
in nur modernen, gut passenden  
Formen. Speziell außerordentlich  
gut gearbeitete Schuhstücke für  
Knaben und Mädchen.

**Besonders preiswerte**  
**Harmonikas**



Marke „Roland“  
anerkannt bestes Fabrikat.  
Dauerhafte Stimmen.  
Harmonikas für Anfänger  
von 1.75 Mk. an.  
(Siehe Schaufenster)

**A. E. Fischer**  
91 Bismarckstraße 91.

**Blanz-Schalotten**

Vd. 35 g., empfiehlt

**Ernst Krieger, Schaar.**

### Kaufgeschäft.

Ab Ende im Auftrage für mehrere  
gute Käufer Landgüter, Hotels,  
Restaurants, sowie Wohn- und  
Geschäftshäuser, auch Baupläne  
für hier und auswärts.

**G. Eden, Häusermäster in Bant,**  
Böhnenstraße 35.

**Freitag den 7. April er.**  
— Verlauf von —

**frischem Schweinefleisch.**  
Joh. Jacobs, „Im Nordlicht“  
Tonndorfstraße.

**Zwei Muschelbettstellen**  
neu, mit Matratze, Daunen-Bett  
billig zu verkaufen.  
Heppens, Friederikenstr. 35, u. r.

**Gesucht auf sofort**  
ein tüchtiger Böttchergeselle.  
Joh. Nietsch, Böttcherstr.  
Bismarckstraße 3a.

**Gesucht**  
**einige Männer.**  
gr. fr. fr. Betel.

**Nebenverdienst**  
durch eine  
Fabrikation  
im Hause.

zu erreichen ohne Anlage. Offerte an  
Poststädterstraße 57, Cassel, B. 75.

**Laufjungen**  
für den Vormittag sucht  
Oder & Reveling, Bismarckplatz.

**Gesucht auf sofort**  
ein lächelndes Mädchen für nachm.,  
Lohn 12 M., wo ein jung. Mädchen  
auf ganz. Bismarckstr. 48, II, L.

**Gesucht auf sofort**  
ein ordentliches Mädchen zur  
Führung eines Haushalts.  
G. Müller, Bant, Beemer Str. 15.

**Gesucht**  
ein Mädchen für den ganzen Tag.  
Bant, Roentgenstraße 18, 2 Tr.

**Gesucht**  
Jaub, Kinder, Oster konst. Nachw.  
Mädchen. Bant, Nölkerstr. 6, II, r.

**Gesucht**  
am 15. April ein ordentliches  
Mädchen für den ganzen Tag.  
Wilhelmshavener Straße 55.

**Sofort ein Mädchen gesucht**  
d. selbst. wirtlich. kann, s. dauernd und  
gegen Lohn. Bant, Mts. 1, p. I.

**Achtung! Auf z. Banter Schlüssel Achtung!**

Oldenburger Str. 47.

Das älteste Tanzlokal des Amtes Blüthen.

**Das diesjährige Bockbier-Fest**

findet am 7., 8. u. 9. April  
in sämtl. Räumen des

**Etablissements** statt.

Freitag grosser Ball.	Sonntags grosses Konzert.	Sonntag grosser Ball.
Entree 20 Pf. Tanzband 75 Pf.	Entree frei.	Entree frei. Tanzband 50 Pf.

Spezialität: Bockwurst mit Senfkrantz.  
Originelle Aufführungen. Proklamation des Urbocks.  
Genuahe Abende versprechend, lädt freundlich ein  
**Arnold Carstens.**

### Anna Klein

Wilhelmshaven :: Schneiderin :: Mühlenstr. 6.

Anfertigung von Kleidern und Kostümen, Blusen, Röcken. Modernste  
Ausführung, tadeloser Stil, billige Preise, sparsame Verarbeitung.

Modernisierungen jeder Art. Große Auswahl in Stoffen.  
Lehrmädchen können sich täglich melden. Gewissenhafteste Ausbildung  
im selbständigen Zuschnellen und Garnieren.

**:: Silbermanns ::**

Leihhaus und Partiewaren-Geschäft

befindet sich jetzt

**Ede Schul- u. Tonndeichstraße**

vis-à-vis Restaurant „Augustiner“.

### Wirtschafts-Uebernahme.

Am heutigen Tage übernahm ich von Herrn H. Müller  
die in Nordenham, Herbergsstraße, belegene

**:: Kesser-Wirtschaft. ::**

Gute und reelle Bedienung bei möglicher Preisberechnung zu-  
sichernd, bitte ich um gütige Unterstützung.

Hochachtungsvoll

**Hinrich Sassen i. V.**

**Wadi-Kisan-Tee**

— Welt-Marke. —

Feinste ostfriesische Mischungen.

Unverzollt sämliche lose und gepackte Mischungen den Herren  
Marinelieferanten von 4 Pfund an pr. Pfd. 50 Pf. billiger.

General-Vertretung: Gerhard Conring, Wilhelmshav.

**Wille's echte Doure Portweine**

zu haben in

Kolonialwaren- und Delikatess-Geschäften.

Carl Wille, Hoflieferant, Oldenburg.

: Nordwestdeutsches Wein-Importhaus.

### Visitenkarten

Neueste Muster  
Schnellste Anfertigung  
Billigste Preise.

**Paul Hug & Co.**

### Spiegel.

Großer Posten neue hochelégante

Trumeau- und Pfeiler-Spiegel

billig zu verkaufen.

Schade, Wild, Peterstr. 42.

**Molton**

170 cm breit, per Meter 4.50 Mk.

anerkannt vorzügliche Qualität!!

**Martha Kappelhoff**

Ecke Delch- u. Roentgen.

### Trost & Wehlau

Schuhmachermeister  
führen nur  
erstklassige Schuhwaren  
für deren Güte und Haltbarkeit  
unbedingt garantiert wird.

### Wilhelmtheater.

Donnerstag den 6. April  
abends 8.15 Uhr:  
Zum Benefiz J. v. Kapellmeister

**Dr. Wüstner**

### Die lustige Witwe

— Operette. —

### Schneiderin

empfiehlt sich außer dem Hause  
Raakstraße 8, v. l.

### Ausgekämmte Haare

laufe zu höchsten Preisen.  
**M. Gröschel**, Friseur,  
Bant, Kaiserstr. 15.

### Konsum- u. Sparverein

für Bant und Umgegend.

### Bestellungen

auf Hühnchen und Klauen

\* zum Osterfest \*

bitten wir die werten Mitglieder  
bis zum 12. April zu machen.

Der Vorstand.

### Gebrauchte Sofas und Matratzen

werden gut und billig aufgearbeitet.

**Fr. W. Fischer**  
Tapezierer und Dekorateur  
Wilhelmshavener Straße 1, 1. Eig.

### Guano

100 Pfund . . 9.00 Mk.

empfiehlt

**Ernst Krieger, Schaar.**

Der Kauf eines Schuhes  
oder eines Schuhsatzes  
ist nicht leicht, besonders  
der letztere. Wenn Sie möchten, kann  
man einen Schuh oder  
einen Schuhesatz kaufen.

### Optima-Fahrräder

ab werktags.

H. Timmann, Hannover 125

für Fahrräder und Motorräder.

für Fahrräder und Motorräder.

### Herren- u. Damen-Fahrrad

dilig zu verkaufen.

Heppens, Friederikenstr. 35, u. r.

### Angelörten Eber

empfiehlt zum Deßen

**H. Gervits**, Himmelreich

bei Nölkerstr.

### Trost & Wehlau

Schuhmachermeister  
haben eine große Werkstatt im  
Hause, wo jede Reparatur  
wie Anfertigung nach Maß  
speziell für Frauen und empfindliche  
Füße, in fürsichtigster Zeit aus-  
geführt wird.

